

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 82

JANUAR 1991

50 Pfennig

Bundeswehr raus aus Türkei und Mittelmeer! Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!



AP

„Neue Weltordnung“: Viertes Reich schickt Alpha-Jet-Bomber in die Türkei

Der Weltkapitalismus verspricht fürs neue Jahr ganz offen Krieg und Depression. Während die Imperialisten den „Tod des Kommunismus“ herausposaunen, trudelt die US-Wirtschaft in eine weitere Krise, so wie es Karl Marx und andere vor mehr als hundert Jahren vorhergesehen haben. Und während sich Gorbatschow & Co. beeilen, sich der westlichen Bourgeoisie dabei anzuschließen, auf Lenins Grab herumzutampeln, inszeniert Bushs Weißes Haus ein größeres imperialistisches Militärabenteuer, mit dem es verzweifelt versucht, das amerikanische Imperium vor dem Schutthaufen der Geschichte zu retten. Dies bestätigt, was Lenin beharrlich betont hat: Imperialismus bringt immer wieder Kriege hervor.

Die Kriegstrommeln werden lauter: Die schweren US-Panzerbataillone von der deutschen NATO-Front kommen jetzt an und werden sandfarben umgespritzt; die zweite Welle von Flugzeugträgern (*America* und *Roosevelt*) sind gerade von der Ostküste ausgelaufen und sol-

len bis zum 12. Januar im Kampfgebiet sein. Britannien und Frankreich haben ihre Expeditionskorps aufgefüllt. Um die Kriegs Atmosphäre noch angespannter zu machen, kündigte das Pentagon an, daß es mit der Schutzimpfung von einigen seiner Truppen gegen biologische Kriegführung beginnen werde (obwohl es keinerlei Beweise gibt, daß der Irak über biologische Waffen verfügt, und niemand hat sie jemals eingesetzt). Mittlerweile mußten die Weihnachts- und Chanukka-Feiern heimlich unter Tarnzelten abgehalten werden, aus Angst, die islamisch-religiöse Staatsgewalt der Saudi-Monarchie zu „beleidigen“, für die die US-Truppen eigentlich sterben sollen. Die Revue-Girls von Bob Hope konnten nicht einmal ins Land kommen, und seine Witze wurden in den Medien herauszensiert.

Zentraler Punkt ist: *Bush will den Krieg*, und zwar aus Gründen, die wenig zu tun haben mit Saddam Hussein und

Fortgesetzt auf Seite 16

Oberstes Gericht bestätigt Todesurteil

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Am 26. November weigerte sich das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten erneut, den Revisionsantrag von Mumia Abu-Jamal gegen den abgekarteten Schuldspruch und das Todesurteil zuzulassen. Der frühere Black Panther und anerkannte Journalist in Philadelphia, bekannt als die „Stimme der Entrechteten“, hat angegriffen, daß der Schuldspruch eine offensichtlich politische Grundlage hat und daß elf mögliche Geschworene allein aufgrund der Tatsache, daß sie Schwarze sind, ausgeschlossen wurden.

Die Henker des Obersten Gerichts sagten, daß die rassistische Anwendung der Todesstrafe „unerheblich“ sei. Von den mehr als 2000 Gefangenen in den Todeszellen der USA sind 50 Prozent Schwarze und Hispanics, die meisten wurden dafür verurteilt, Weiße getötet zu haben. In der Geschichte der USA ist nur ein einziger Weißer jemals für die Ermordung eines Schwarzen hingerichtet worden. Die Todesmaschinerie des Staates Illinois wurde von einem Fred Leuchter konstruiert, einem greulichen „Fachmann“ für die Gaskammern der Nazis, der behauptet, der Holocaust sei nie geschehen.

Die Anwälte Jamals bereiten jetzt für die staatlichen Gerichte Pennsylvanias einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Schuldspruch vor, um zu zeigen, daß es stichhaltige Beweise für seine Unschuld gibt. Die Bullen versuchten 1982, Jamal auf der Straße umzubringen, aber schafften es nicht. Als er mit einer blutenden Bauchwunde im Krankenhaus lag, wurde ihm die Ermordung eines Bullen aus Philadelphia angehängt.

Mumia war ein beliebter Radiokommentator und Präsident der Philadelphia Association of Black Journalists. Als Jugendlicher war er ein Parteiführer der Black Panthers und wurde später zu einem Anhänger der hauptsächlich schwarzen radikalen MOVE-Organisation. Eine Woche, nachdem Reagan und Kohl 1985 in Bitburg vor Nazi-Gräbern salutierten, bombardierte die Polizei von Philadelphia in Zusammenarbeit mit Bundesbehörden ein Haus von MOVE und tötete dabei elf Personen, darunter fünf Kinder. Genau darum geht es beim Staatsterrorismus und bei der Todesstrafe in den USA –

Fortgesetzt auf Seite 21

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit!

Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Nazi/Skinhead-Angriffe auf eingewanderte Arbeiter, Hexenjagd auf Linke, das ist es, was die kapitalistische Wiedervereinigung entfesselt hat. Am 6. Oktober, drei Tage, nachdem der westdeutsche Imperialismus die frühere DDR annektierte, erhielten Renate Dahlhaus und Michael Phillipsen Strafbefehle, weil sie eine antifaschistische Veranstaltung in Berlin-Moabit gegen einen bewaffneten Angriff der Republikaner am 14. Januar 1989 verteidigt hatten. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfes“ der Republikaner, der durch Einschüchterungsversuche, Provokationen und unverhüllte Gewalt gekennzeichnet war.

Die Anklage basiert auf der Zeugenaussage des berühmtesten Spitzenkandidaten Carsten Pagel, der auch der

Anführer des faschistischen Angriffs war. Anfänglich wurde gegen acht Opfer des Republikaner-Angriffs ermittelt, mittlerweile wurde gegen sechs die Anklage fallen gelassen. Jetzt ist aber Michael Phillipsen wegen „Körperverletzung“ angeklagt und Renate Dahlhaus, weil sie sich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt hat“.

Es ist kein Zufall, daß Renate Dahlhaus, Kandidatin der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration letzten Januar in Treptow, zum Ziel von Nazi-Angriffen und staatlicher Repression wird. Die SpAD steht zusammen mit ihrer Schwesterorganisation, dem Komitee für soziale Verteidigung, in vorderster Reihe gegen rassistische Angriffe und gegen die antikommunistische Hexenjagd.

Mobilisiert Unterstützung bei euren Freunden, Kollegen und in euren Organisationen. Fordert die sofortige Aufhebung der Strafbefehle! Alle Anklagen gegen die Antifaschisten müssen fallenlassen werden! Schreibt an Richter G. Schultz, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21. Erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48 267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11. ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endrueweit,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow,
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 82

Januar 1991

An unsere Leser

Spartakist mit *Arbeiterpressekorrespondenz* wird von jetzt ab monatlich erscheinen. Möglichst bald werden wir wieder zu unserem ursprünglichen Zeitungsformat DIN A3 zurückkehren. Zu besonderen Anlässen werden wir weiterhin *Spartakist-Extra*-ausgaben herausbringen.

Schluß mit den antikommunistischen Säuberungen! Gegen Gleichschaltung: Macht die Unis dicht!

Tausende Studenten gingen in den letzten Wochen spontan in Erfurt, Berlin, Rostock, Leipzig und Halle gegen die geplante „Abwicklung“ auf die Straße. In Erfurt wurde das Büro der Landesregierung, in Leipzig das Rektorat und in Berlin das Hauptgebäude der Humboldt-Universität besetzt. Studenten traten in Hungerstreik, andere marschieren von Berlin zur KMU nach Leipzig. Anfang Januar sind Aktionstage und eine Urabstimmung über Uni-Streik geplant.

„Abwicklung“ nennen sie die Gleichschaltung, die an den Hochschulen und Universitäten der Ex-DDR einsetzende antikommunistische Massensäuberung und Schließung von Wissenschaftsbereichen und ganzen Instituten. Es geht um die Errichtung von staatlicher Gesinnungskontrolle und Herausbildung einer neuen Elite für das Vierte Reich des ausgeweiteten deutschen Imperialismus. Zehntausende Studenten, Dozenten und Uni-Angestellte sollen ausgesiebt werden. Die SpAD solidarisiert sich mit dem Widerstand von Tausenden Studenten gegen die Hexenjagd und zur Verteidigung ihrer Studienplätze.

Besonders „verdient“ machen sich wieder einmal die Damen und Herren der SPD, wie schon bei der Enteignungskampagne gegen PDS und FDGB und beim Polizeiterror gegen jugendliche Hausbesetzer in Berlin. SPD-Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller hetzt gegen „Selbsterneuerung alter Kader“ und „systemkonform erzogene“ Studenten, die „Verlierer der Einheit“. Von den geisteswissenschaftlichen Bereichen der großen Universitäten bis zur berühmten Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig soll nichts übrigbleiben.

In einer Solidaritätserklärung mit den Studenten der Humboldt-Universität forderte die Spartakist-Arbeiterpartei: „Schluß mit den antikommunistischen Säuberungen! Keine ‚Abwicklung‘, keine Schließungen, keine Entlassungen! Weg mit den rassistischen Quoten und Numerus Clausus! Gemeinsame Streikaktionen in Ost und West! Studenten, Dozenten, Arbeiter: Macht die Unis dicht!“

Die Kampagne der Kapitalisten ist ideologisch. Es geht nicht nur um alte „ML“-Bereiche, sondern um alles, was die DDR verkörperte (inklusive Tierpark). Anstatt der stalinistischen Lüge des „Sozialismus in einem Land“ sollen die zukünftigen Gelehrten und Richter des Vierten Reichs die großdeutsche Lehre der Profitmacherei verbreiten: Die Verteidigung von Pharma-Boykotts, mit denen kranke Menschen der ehemaligen DDR umgebracht werden; das imperialistische Massenschlachten von USA/NATO im Irak. Und diejenigen, die nicht bereit sind, Fragebogen auszufüllen und mit den neuen Herrschern zu kooperieren, sollen fliegen. Unter dem Zeichen der SED- und Stasi-Hetze betreiben sie ihre Treibjagd auch auf den Kommunismus.

„Als nicht förderungswürdig stufte die Kommission die Arbeiten zur Exil- und Faschismusforschung ein“!

(Berliner Zeitung, 28. Dezember 1990) Gleichzeitig soll das NS-Dokumentationszentrum der DDR (wo das *Braunbuch der Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik* herausgegeben wurde) aufgelöst werden, und schon bastelt man an Zentren für die Geschichte Preußens „mit Blick auf Ostelbien“. Während der US-Imperialismus am Golf Krieg ums Öl führt, richtet das Vierte Reich seinen gierigen Blick nach Osten. Faschismusforschung kann da nur stören.

Es ist wichtig, den Studentenkampf mit dem Kampf der Arbeiter zu verbinden. Die Studenten haben nicht die Macht, Betriebe und Verkehr lähmzulegen, die Arbeiter, die an den Hebeln der Gesellschaft stehen, schon!



Spartakist

Halle, 22. Dezember 1990: 4000 Studenten demonstrieren gegen die „Abwicklung“

Wir müssen uns mit den Arbeitern verbinden, die in die Arbeitslosigkeit „abgewickelt“ werden sollen. Viele Studenten waren der Meinung, daß Versuche dahingehend unnützlich seien, da die Arbeiter, die CDU-Wähler, sowieso nicht kämpfen wollen. Doch der ÖTV-Streik gegen Entlassungen und antikommunistische Schnüffelei im Sommer, die Werksbesetzung bei Simson Suhl, der machtvolle Reichsbahnerstreik Ende November zeigten den Weg.

Es ist wohl kein Zufall, daß die gleichen Uni-Bürokraten und Studenten „vertreter“, die nach Kompromissen suchen und militante Aktionen verhindern wollen, mit Vehemenz für „Selbsterneuerung“ eintreten. Diese Wortschöpfung soll verschleiern, daß man uns mit Hilfe von Uni-Gremien auf großdeutsche Linie bringen will. Aber mit einer Kniertescher-Politik, wie sie die PDS beim Ausverkauf der DDR und bei der Auslieferung ihrer eigenen Schatzmeister betrieben hat, kann man nicht gewinnen. Keine Gesinnungsschnüffelei an der Uni!

Ein Sprecher der GEW gab bekannt, daß die Gewerkschaft „alle Mittel einsetzen“ wird, um den Kampf gegen die „Abwicklung“ zu unterstützen. Die Strategie der GEW-Führung beschränkt sich aber auf Rechtsschutz ... „bis zur Klage beim Bundesverfassungsgericht“. Bis dahin sind wir alle „abgewickelt“ — erinnert euch nur an den Westberliner Kita-Streik! Um den Kampf auszuweiten und einen wirklichen Streik durchzuführen, müssen wir den Lehrbetrieb an den Unis völlig lahmlegen, und dafür ist die soziale Ausweitung des Kampfes auf Dozenten, Uni-Arbeiter und alle Lehrer zentral, die genauso von der antikommunistischen Hexenjagd bedroht sind.

Bildung darf keine Sache des Geldbeutels werden. Arbeiter und ihre Kinder, Frauen und Immigranten sollen weiter studieren können. Volle Staatsbürgerrechte für

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Russische Frage entscheidend Von der SEW zum Kommunismus

Nachfolgend drucken wir die Eintrittserklärung eines Arbeiters und langjährigen Kaders der restlos abgetretenen Westberliner SEW in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ab.

An die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands).

Dieser Schritt ist die Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem „Real existierenden Sozialismus“. Nachdem ich jetzt (bis Dezember 1989) 10 Jahre der SEW und vorher ihrem Jugendverband angehört, etwas für Frieden und Sozialismus getan habe, muß ich mir immer öfter die Frage stellen:

Wie ist es möglich, daß der Sozialismus zunehmend seine Position, sein Ansehen einbüßt, der Imperialismus sein Einflußgebiet auf die heute ehemaligen Arbeiterstaaten ausdehnt? Wie ist es möglich, daß die Sowjetunion nach 70 Jahren am Rande des Abgrundes steht?

Nachdem Gorbatschow seine Politik der „Perestroika, Glasnost“ verkündet hatte, meinte ich, dies ist der Ausweg aus der „Krise des Sozialismus“, habe das Buch von Gorbatschow verschlungen, nach Antworten gesucht. Durch die Ereignisse in den Arbeiterstaaten und der Sowjetunion (Lebensmittelkarten, nationale Konflikte usw.) mußte ich zunehmend erkennen, daß „Perestroika“ die Politik der Zugeständnisse an den Imperialismus ist. (Siehe Kniefall Gorbatschows vor dem deutschen Kapital.)

Heute muß ich erkennen, all die Jahre in dieser Partei umsonst gekämpft, all die Jahre Kräfte umsonst vergeudet. Dies hat bei mir als Kommunisten einen tiefen Schmerz erzeugt.

Aus der Arbeiterklasse kommend, habe ich mein ganzes bewußtes Leben in den Reihen der Arbeiterbewegung verbracht, zwar mit vielen Fehlern, aber immer für die Verteidigung der Sowjetunion und der anderen Arbeiterstaaten.

Auf der Suche nach Antworten auf all meine Fragen stieß ich auf die verfolgten Revolutionäre der 20er und 30er Jahre in der Sowjetunion. Wie Ihr Euch sicher den-

ken könnt, habe ich es bis vor einiger Zeit nicht für nötig gehalten, mich mit diesen Revolutionären (Trotzki) und dem Trotzismus auseinanderzusetzen. Erzogen im stalinistischen Denken, „der Trotzismus ist schädlich für die Arbeiterbewegung“, begann ich vor einiger Zeit meine Position zu überdenken, mich mit Trotzki und seiner Politik vertraut zu machen und die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.

In der heutigen Situation, wo sich viele meiner ehemaligen Genossen ins Privatleben zurückziehen und behaupten, der Marxismus ist tot, oder weiter auf der Straße des Stalinismus und Reformismus bleiben, suchte ich die Diskussion mit Trotzisten und trotzistischen Organisationen, unter anderen mit Euch.

Aber alle konnten nur oberflächliche Antworten geben. Zuerst hatte ich auch bei Euch den Eindruck, dies änderte sich aber durch das Auftreten Eurer Genossen (die mir auch einige harte Wahrheiten sagten) und nachdem ich Euch in der Arbeit (Theorie und Praxis) kennengelernt habe.

Beim Lesen von Trotzki's Buch (*Verratene Revolution*) fiel mir auf, daß Trotzki schon vor 50 Jahren die Entwicklung in den Arbeiterstaaten und ihre Ursachen erkannte, und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte, die auch heute noch so aktuell wie damals sind. Er schrieb: Entweder stürzt die Arbeiterklasse die Bürokratie oder die Bürokratie stellt die Bedingungen wieder her zum Übergang zum Kapitalismus. Obwohl auch heute noch nicht alle Fragen geklärt sind bzw. ich einen anderen Standpunkt einnehme (Stellung zur Umweltpolitik, Atomkraft usw.), sind dies keine Grundfragen.

Da für mich schon immer die Freundschaft/Verteidigung der Sowjetunion Herzenssache war, ist die Haltung zur Russischen Frage die entscheidende, genauso wie die Frage von Kapital und Arbeit (Grundfrage). Als einzige Organisation gegenüber allen Linken habt Ihr in den heutigen Klassenausesetzungen einen unveröhnlichen Standpunkt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Augenblick bin ich dabei, mir viele neue Erkenntnisse zu erarbeiten und sie zu überprüfen. Hierbei werde ich sicher Eure Hilfe brauchen.

Gerade deshalb ist es mir ein Bedürfnis, bald mit Euch und Eurer Partei für den Sozialismus zu kämpfen.

Ich hoffe, daß Ihr meinen Antrag um Aufnahme in Eure Partei positiv entscheidet.

Verbleibe mit Kommunistischem Gruß
Werner T., Berlin, den 11. Oktober 1990

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: (0 30) 4 92 78 66

Greifswald

Spartakist, Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

Halle

SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg

SpAD, Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (0 40) 32 36 44

Leipzig

U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Rostock

SpAD, Postfach 9001
HPA, 2500 Rostock 1

Torgelow

SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Macht Unis dicht...

Fortsetzung von Seite 3

Immigrantent! Keine Abschiebungen! Genug Krippen und Kindertagesstätten! Kostenlose anständige Ausbildung und ein ausreichendes Stipendium und Wohnraum für alle!

Besetzt eure Unis, bildet Streikposten! Verbündete sollen auch westliche Unis sein! Verbindet euren Kampf mit den Arbeitern und Gewerkschaften — geht nicht vor den Hexenjägern an der Spitze von DGB und SPD in die Knie! Studenten, wenn ihr gegen „freiwillige“ Säuberungen, gegen Gleichschaltung, Zensur und Stilllegung und für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg kämpfen wollt, schließt euch der Spartakist-Arbeiterpartei an! ■

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

**Wir können gewinnen!
Streiks, Besetzungen gegen
Entlassungen, Arbeitshetze!**

Hamburg/Rostock: Bericht aus den Häfen

Der Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten hat die Stimmen eines kleinen Kerns von Hafenarbeitern in Hamburg-Altona gewonnen, wo insgesamt 124 Wähler die SpAD gewählt haben. Spartakist-Unterstützer im Hafen verladen Kartoffeln, die in der Sowjetunion dringend benötigt werden als Resultat von Gorbatschows Perestroika. Am Revolutionstag tranken wir mit sowjetischen Soldaten an Bord ihres Schiffes auf die Oktoberrevolution. Einige Seeleute kauften den russischen *Spartacist*, um ihn zusammen mit den Kartoffeln nach Hause zu nehmen.

Zusammen mit unserem Wahlprogramm (auch in türkischer, portugiesischer und polnischer Sprache) verteilten wir 500 SpAD-Flugblätter mit dem Titel: „Verladet die Kartoffeln nach Leningrad, danach Streik!“ (siehe *Spartakist* Nr. 80). Der Bundestagskandidat und Hafenarbeiter Herbert Peveling forderte die Hafenarbeiter auf, die Verladung der Kartoffeln den profithungrigen Bossen aus der Hand zu nehmen, die über die Hälfte der Kartoffeln bis zum Verrotten in Deutschland liegenlassen wollten. Weitere 500 Flugblätter wurden uns im Rostocker Hafen aus den Händen gerissen, wo Tausende von Arbeitern von Entlassung bedroht sind.

Die gleichen arroganten Bosse, die für die Kartoffelleite verantwortlich sind, verlangen nun bei der Rahmentarifverhandlung die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit. Statt Acht-Stunden-Schichten wollen sie bei Bedarf auch Zehn-Stunden-Schichten und Wochenendschichten abrufen können. Schon jetzt müssen die Hafenarbeiter in Hamburg an jedem dritten Samstag arbeiten und „freiwillige“ Doppelschichten leisten, für die es keine Überstundenzuschläge gibt. Gleichzeitig haben Hunderte von Hafenarbeitern in Mecklenburg Kurzarbeit „auf Null“, 6000 von heute 9000 Hafenarbeitern im Osten droht die Entlassung, und im Hamburger Hafen hat sich eingebürgert, daß sogenannte „Unständige“ (Gelegenheitsarbeiter) aus der Ex-DDR mit Bussen herangefahren werden.

Am 22. November wurde 16 „Unständigen“ im Süd-West-Terminal (SWT), Schuppen 65, der Lohn verweigert, weil die Bosse behaupteten, sie hätten nicht genügend Tonnen Zucker verladen; bis heute haben sie keinen Pfennig gesehen. Die ÖTV tritt nicht für sie ein, und natürlich auch nicht der Betriebsrat, der die „Geschäftsgeheimnisse“ bewahren und die „Friedenspflicht“ einhalten muß. Die Spartakisten sagen, daß es notwendig ist, SWT dichtzumachen, und verlangen die sofortige Bezahlung der 16 zu vollem Tariflohn, plus 100 DM für jeden Tag seither! Unter nichtgewerkschaftlichen Arbeitern „zweiter Klasse“ können die Bosse leicht Streikbrecher gewinnen und zu rassistischen Angriffen aufhetzen. Sofortige Festanstellung aller „Unständigen“! Die Gewerkschaft muß diese Arbeiter als Mitglieder organisieren. Verteidigt die Arbeitsplätze von allen eingewanderten Arbeitern und verlangt volle Staatsbürgerrechte für sie.

Auf einen Aufruf der ITF (Dachverband der internationalen Transportgewerkschaften) weigerten sich ÖTV und die DDR-Seeleutengewerkschaft im August, die Fähre

„Black Prince“ in Rostock abzufertigen. Sie wehrten sich damit gegen die Fred-Olsen-Gesellschaft, die ihre Schiffe „ausflagen“ und ihre Mannschaften mit weit unter Tarif bezahlten Seeleuten aus der „Dritten Welt“ besetzen wollte. Die Gewerkschaften müssen gegen Protektionismus kämpfen und international den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit aufnehmen — zu westeuropäischen Tariflöhnen oder höher.

Am 11. Dezember 1990 starb in Hamburg ein Arbeiter. Die Schiffsluken waren wegen Regen geschlossen. Es gab kein Licht im Laderaum — eine Verletzung selbst der minimalen Sicherheitsvorschriften der Bosse. Der Arbeiter versuchte im Dunkeln aus dem Laderaum herauszufinden, verlor den Halt und stürzte zu Tode. Dies unterstreicht, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiter fordern, daß die Gewerkschaften Arbeitsplatzsicherheit durchsetzen. Jeder Vertrauensmann oder gewählte gewerkschaftliche Sicherheitsbeauftragte muß das Recht haben, einzugreifen und Arbeit unter unsicheren Bedingungen sofort zu stoppen.

Die Bosse erwarten 1991 im überfüllten Hamburger Hafen 30–35 Prozent mehr Tonnage. Statt Arbeitshetze und erzwungener Mehrarbeit fordern wir Tausende von sofortigen Festeinstellungen in Hamburg und ein großangelegtes Programm für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten unter Arbeiterkontrolle. Gleichzeitig wollen die Bosse große Teile des Rostocker Hafens stilllegen als Teil ihres Programms, all das abzuwürgen — von Fabriken und Universitäten bis hin zu Kinderkrippen —, was mit dem alten deformierten Arbeiterstaat DDR zu tun hatte. Der westdeutsche Rahmentarifvertrag ist schon ausgelaufen. Wie schon in der Wahlkampagne ruft die SpAD zum gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter im Osten und Westen auf. Für einen bundesweiten Tarifvertrag für alle Häfen auf höchstem Niveau! Schließt euch zusammen, um die Rostocker Arbeitsplätze zu erhalten. Keine Entlassungen! Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Dieser Kampf wird nur durch entschlossene Streiks und Hafenbesetzungen erfolgreich geführt werden können.

Aber die von der SPD kontrollierte Führung des DGB und der ÖTV sind eher bereit, den Bossen (nicht vergessen, Herr Kern ist auch SPD) ihre „Flexibilisierung“ im Westen und Massenentlassungen in Rostock und Wismar zu geben. Schon forderte Steinkühler mehr CDU-Repräsentanz im DGB und eine bessere Zusammenarbeit mit Bonn. Und der PDS-Sozialdemokrat André Brie erklärte bei einer Rostocker Wahlveranstaltung am 21. November, daß der Aufruf der Spartakisten zu Streiks und Betriebsbesetzungen zu weit gehe! Schon 1983 hat die DKP die HDW-Besetzung ausverkauft. Schaut euch nur den Verrat von SPD und DGB beim mächtigen und populären Reichsbahnstreik vom November 1990 an, ausverkauft von der GdED-Führung.

Die Auseinandersetzungen um die Verladung der Kartoffeln zeigten wie der Reichsbahnstreik, daß das Transportwesen eine Schlüsselrolle im Klassenkampf spielen kann. Dafür ist es dringend notwendig, eine klassenkämpferische Führung aufzubauen.

Bleibt in Verbindung mit uns! Abonniert jetzt den *Spartakist*. Schließt euch der SpAD an und helft uns, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse — Immigranten und Deutsche, Frauen und Männer — unter einer kämpferischen Führung mit einem Programm für den Sieg vereinen kann. ■

Irak und die „Linke“:

Sauberer Männer des deutschen Imperialismus

Mit der Entsendung des Bundeswehr-Jagdbombergeschwaders in die Türkei als Teil der NATO-Eingreiftruppe rückt die Frage des bevorstehenden Krieges im Persischen Golf in den Brennpunkt der deutschen Politik. SPD und Grüne haben die UN-Blockade, eine Kriegsmaßnahme, um den Irak zur Unterwerfung zu zwingen, voll unterstützt. Ihr Einwand gegen die Alpha-Jets ist nur, daß dies „voreilig“ sei und nicht im Bundestag abgestimmt wurde. Nicht um die drohende Verwüstung und das Massenschlachten an Hunderttausenden im Irak sorgen sie sich, sondern um ihre parlamentarischen Vorrechte. Die imperialistische Angriffspolitik „vernünftiger“ betreiben ist ihr Schlachtruf.

So konnte man in der Erklärung des Bundesausschusses der Grünen vom 18. August lesen: „Die Grünen begrüßen die raschen und konsequenten Boykottbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrats gegen den Irak.“ Damals haben sie dem Boykott „das Säbelrasseln der USA und ihrer Verbündeten und ihre kriegsträchtige militärische Interventionspolitik“ entgegengesetzt, was

natürlich Unsinn war, weil 1. es die USA waren, die von dem ihr untergebenen UN-Sicherheitsrat den Boykott erklären ließen, der 2. nur durch die USA/NATO-Streitkräfte im Golf in Gang gesetzt werden konnte. Inzwischen ist die UNO, mit ihrer Kriegsresolution Nr. 678, eindeutig ins „Säbelrasseln“ übergegangen.

Die grünen Realpolitiker sind dem schwarz-rot-goldenen deutschen Imperialismus gegenüber äußerst „verantwortungsbewußt“. So Antje Vollmer, bei der ersten gesamtdeutschen Grünen-Fraktionsitzung: „Deutschland wird eine Weltmacht sein, und es wird nach unserem Bild geformt oder nach dem Bild von Helmut Kohl“ (zitiert nach MSZ Nr. 5/90). Und der hessische Grüne Udo Knapp geht noch weiter in der Befürwortung der militärischen Einmischung der Bundeswehr im Namen der „neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands“: „Die gemeinsame Haltung der Sowjetunion und der USA in diesem Konflikt schafft die Gelegenheit, eine internationale ‚Weltpolizei‘ zu etablieren...“

Wir Spartakisten haben schon Anfang der 80er Jahre auf den nationalistischen Charakter der Grünen und deren „Friedens“bewegung hingewiesen. Wenn es heute eine gewisse Distanz zwischen den Grünen und dem Weißen Haus gibt, dann deshalb, weil der Drang der deutschen Bourgeoisie Richtung Osten geht, der Golfkrieg ist in erster Linie Sache ihrer amerikanischen Verbündeten und imperialistischen Rivalen. Sogar die *Bild*-Zeitung (3. Januar) fragt: „Golfkrieg: was kommt da auf uns Deutsche zu?“ Außenminister Genscher will „alles daransetzen, die Räumung des vom Irak besetzten Kuwait friedlich zu erreichen“. Und Deutschland-Staatsmann Willy Brandt wurde in derselben Angelegenheit bereits mit diplomatischen Geiselnbefreiungsreisen tätig.

Schon seit Beginn des imperialistischen Aufmarsches im Persischen Golf, während Grüne und allerlei Reformisten die UN-Blockade unterstützten, hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) die Forderung „Brecht die Blockade gegen den Irak“ aufgestellt. Dies war ein Aufruf zur Verteidigung des Iraks gegen die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus unter UN-Flagge. Anstatt der nationalistischen Berufung auf eine „Weltfriedensverantwortung Deutschlands“ richten wir uns eindeutig an das internationale Proletariat mit der Forderung nach politischen Streiks gegen die „eigene“ Bourgeoisie.

Im „Klassenkampf-Wahlkampf“ der Spartakist-Arbeiterpartei verlangten wir: „Imperialistische Streitkräfte raus aus dem Persischen Golf! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer! Keine Bundeswehr-Tornados in die Türkei!“ Und jetzt, wo der Krieg unmittelbar bevorsteht, erklären wir laut und vernehmlich: „Verteidigt den Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!“ Die SpAD befürwortet Einheitsfront-Demonstrationen gegen die imperialistische Aggression im Golf, was Freiheit der Kritik für alle beteiligten Organisationen bedeutet. Diese ist umso notwendiger, weil wir Kommunisten den Sozialpazifismus der diversen „linken“ Nationalisten politisch aufs Schärfste bekämpfen müssen.

In erster Linie geht es hier um die PDS, diesen SPD-Abklatsch, die mit ihrem neu erfundenen „demokratischen Sozialismus“ die alte Sozialdemokratie wiedergefunden hat. Wo ein Kautsky seine „Friedens“-Politik mit

Fortgesetzt auf Seite 19

Türkische Arbeiter bei Bosch-Siemens berichten

Bei Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSHG) in Berlin, wo 90 Prozent der Produktionsarbeiter türkisch sind, versuchen die Bosse, die Arbeiter entlang nationaler Linien zu spalten. Bosch-Siemens stellte neue Arbeiter ein; von 230 Bewerbern waren 150 Türkinnen. Diese wurden nicht eingestellt, sondern 100 Ex-DDRler zu einem niedrigeren Lohn. Die deutsche Bourgeoisie will systematisch Arbeiter aus der Ex-DDR als „Billiglohnarbeiter“ benutzen. In diesem explosiven Fall ging es ihnen darum, die unterdrückten türkischen Arbeiter direkt gegen Deutsche zu stellen.

Viele türkische Aktivisten flüchten zum klassenkollaborationistischen Betriebsrat, weil sie denken, daß sie dort wirklich etwas für ihre Landsleute tun könnten. Aber türkische maoistische Listenkandidaten bei BSHG wurden aus der SPD-kontrollierten IG Metall ausgeschlossen, und bei dem kleinen Strümpfhosenbetrieb Hudson wurde auf Antrag der Betriebsleitung und der Gewerkschaft Textil und Bekleidung die Wohnung eines türkischen Führers einer Liste durchsucht.

Vor dem Betriebstor bei Bosch-Siemens haben wir über 1000 Exemplare unseres Klassenkampf-Wahlprogramms „Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich“ verteilt. Danach gab es im Betrieb Diskussionen über Trotzismus, über die Verteidigung der Sowjetunion und den Klassencharakter der UdSSR – lebenswichtige Fragen für die Arbeiterklasse. Jetzt zeigen die türkischen Bergarbeiter in Zonguldak eine internationalistische Kampfbereitschaft als Beispiel für alle Arbeiter und Unterdrückten, nicht zuletzt in Deutschland. Statt Illusionen in Betriebsräte braucht die deutsche Revolution eine Führung von türkischen, kurdischen, polnischen, mosambikanischen, vietnamesischen und deutschen Arbeitern – eine internationalistische Partei wie die von Lenins und Trozki's Bolschewiki.

Viertes Reich: Kinder, Küche, Kirche

Die Arbeiter müssen für Frauenrechte kämpfen!

BERLIN, 5. JANUAR — Der D-Mark-Rausch vom letzten Frühjahr ist heute für immer mehr ostdeutsche Arbeiter eine böse Erinnerung. Ein halbes Jahr nach dem ökonomischen Anschluß durch den kapitalistischen Westen sehen die Werktätigen der ehemaligen DDR mit Angst und Wut, wie die Bankiers von Frankfurt und Wall Street ihr Programm der Massenverelendung durchsetzen, um im Osten jeden Rest der Planwirtschaft so schnell wie möglich zu zerstückeln und ihre Profite zu maximieren. Jetzt, da die Betriebe privatisiert oder ganz dichtgemacht werden, sind es die Verwundbarsten, die zuerst die Schläge einstecken müssen. Schon haben die kapitalistischen Herrscher Flugzeuge voll mit mosambikanischen, kubanischen und vietnamesischen Arbeitern zurück in ihre Heimat verfrachtet. Auch Frauen werden von Betrieben und Büros zu Hunderttausenden entlassen; gleichzeitig werden die sozialen Programme der Kinderbetreuung, des Mutterschaftsurlaubs sowie der kostenlosen Abtreibungen und Verhütungsmittel massiv demoniert. Die Arbeiter sprechen verbittert über Hitlers „Kinder, Küche, Kirche“, denn sie wissen: genau das ist die „neue“ Zukunft, die ihre arroganten imperialistischen Herrscher für Frauen im Sinn haben, und es kotzt sie an.

Vier Tage vor der formalen politischen Wiedervereinigung am 3. Oktober ergriffen Frauen und ihre Verbündeten die Initiative im Kampf gegen die gesellschaftlich reaktionären Folgen der Wiedervereinigung: am 29. September quitierten 20 000 das neue „Vierte Reich“ mit Protest. Aufgerufen zu der Demonstration „Gegen die Einverleibung der DDR — Für ein selbstbestimmtes Leben“ hatten feministische und andere Organisationen, die für das Recht auf Abtreibung kämpfen. Sie protestierten gegen den repressiven Paragraphen 218 und seine Aufzwingung auf die ehemalige DDR, wo Abtreibung seit 1972 legal und auch kostenlos gewesen ist. Es gab Banner gegen Großdeutschland sowie gegen den Paragraphen 218 wie: „Die das Gesetz nicht bricht, wird vom Gesetz gebrochen!“

Zwar gab es auf der Demonstration am 29. September

überhaupt keine Präsenz von Immigranten, und die mächtigen Gewerkschaften schickten lediglich Vorzeigerednerinnen. Dennoch wurden bedeutsamerweise Forderungen nach Frauenrechten verknüpft mit Widerstand gegen die Wiedervereinigung. Frauenfeindliche Unterdrückung ist die Speerspitze der allseitigen sozialen Reaktion, die das triumphierende deutsche kapitalistische Regime für alle Werktätigen in der Ex-DDR auf Lager hat. Und die Ausweitung des kapitalistischen Systems der Verarmung und Unterdrückung bringt für Frauen auch die tödliche Gefahr der illegalen Abtreibung mit sich.

Recht auf Abtreibung gefährdet

Die Proteste in Ost und West gegen die allgemein verhassten Paragraphen 218 und 219 rissen in den letzten Monaten kaum ab. Um die vorgeschriebene „soziale Notlage“ zu beweisen, werden Frauen gedemütigt und vor „Beratungs“gremien gezerrt, die an Kafka erinnern. Überhaupt waren die Aktivitäten von Frauenrechtlerinnen im Westen in den letzten Jahren überwiegend gerichtet gegen die drakonische Verfolgung von Ärzten und ihren Patientinnen nach Paragraph 218/219. 1988 wurde in dem beispiellosen Memminger Schauprozeß der heroische Dr. Horst Theissen vor Gericht geschleppt und verurteilt, weil er „illegale“ ambulante Abtreibungen vornahm (siehe *Spartakist* Nr. 62, Juni/Juli 1989). Der Fall ist in der Berufung.

Ostdeutsche Mütter und streikende Westberliner Kindertagesstätten-Arbeiterinnen gehörten zu den ersten, die im letzten Februar auf die Straße gingen gegen die drohende Ausweitung des Paragraphen 218 auf den Osten. Angesichts der wachsenden Opposition dagegen hat sich Bonn zwecks Wiedervereinigung für einen „Kompromiß“ entschieden. Um den Protest zu dämpfen und um Zeit zu schinden, hat die regierende Koalition dem Recht auf Abtreibung östlich der Elbe eine Galgenfrist gewährt. So soll jetzt der *Arzt* die Postleitzahl der Frau prüfen: ob für sie Ostrecht oder Westrecht gilt!

Fortgesetzt auf Seite 8



Berlin, 29. September:
20 000 Frauen und
Männer demonstrieren
gegen Paragraph 218

Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 7

Kohls CDU kreischt über „Abtreibungstourismus“ und lechzt danach, westdeutsche Frauen zu verfolgen, die in der Ex-DDR abtreiben lassen. Um dem Aufschrei über diesen absurden Vorschlag aus dem Weg zu gehen, konzentriert sich die Regierung auf eine für *alle* Frauen



A. Sokolowski



Oben: Polnische Demonstrantinnen gegen Abtreibungsverbot. Transparent: „Nein zum Gesetz, das Frauen zum Objekt macht!“ Unten: Poster von Käthe Kollwitz. Abtreibungsverbot geht auf Bismarcks Reich zurück

obligatorische „Beratung“ vor einer Abtreibung. Das bedeutet das monströse Eindringen in das Privatleben von Frauen – und das in einem Gesundheitssystem, wo die Intervention des Staates in die Privatangelegenheiten des einzelnen schon an George Orwells „Großen Bruder“ erinnert, und in einem Land, wo es keine Trennung von Kirche und Staat gibt. Gegen die liberalen Familien-

planungszentren Pro Familia hat die Kirche jetzt alle Register gezogen (sie sei „zu frauennah“!), mit ihrer Offensive, sich ein kirchliches Monopol über inquisitorische „Beratungs“einrichtungen zu sichern. Unsere Forderungen „Weg mit der Kirchensteuer!“ und „Pfaffen, Bullen, Richter – Raus aus den Schlafzimmern!“ sprechen den Werktätigen in diesem Land – Frauen wie Männern – aus dem Herzen.

Die „Lebensschützer“ der CDU stehen mit ihrem Propaganda-Bombardement Josef Goebbels in nichts nach. Jetzt haben sie es geschafft, daß SPD und FDP mit einstimmen im Chor für den „Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie wollen in zwei Jahren für das ganze Reich ein Gesetz gegen Abtreibung. Die frommen Rufe nach der „Streichung des Paragraphen 218“, auf den Lippen von allen außer der CDU, als Dr. Theissen in Bayern vor Gericht stand, sind jetzt fast ohne Echo erstarben.

In Polen hat die kapitalistisch-restaurative Regierung, dirigiert von Solidarność und dominiert von der katholischen Kirche, dem Sejm ein Gesetz vorgelegt, das *alle* Abtreibungen verbietet und die Ärzte kriminalisiert. Wie unsere Genossen der Spartakist-Gruppe Polens im Oktober 1990 schrieben: „Es treibt die Frauen in noch größere Unterdrückung und wird sie in Unwissenheit und Aberglauben stürzen. Laßt uns diese Angriffe aufs Abtreibungsrecht zurückschlagen!“ Tatsächlich, die polnischen Frauen gehen auf die Straße und demonstrieren für das Recht auf Abtreibung. Die Kämpfe von deutschen und polnischen werktätigen Frauen und Männern müssen miteinander verbunden werden. Der Schlüssel dazu ist die Mobilisierung der mächtigen Gewerkschaftsbewegung, besonders der großen, ex-stalinistischen OPZZ in Polen und des sozialdemokratischen DGB in ganz Deutschland.

Auf der Berliner Demonstration vom 29. September wurden Grüße von der SpAD vorgelesen. Darin hieß es: „Kapitalistischer Anschluß bedeutet Sklaverei für Frauen! Weg mit den Paragraphen 218 und 219! Für das uneingeschränkte Recht auf freien, kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbruch! Weg mit dem reaktionären Paragraphen 175, der Homosexuelle bedroht!...“

Der Kampf für die Verteidigung der Rechte von Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen ein imperialistisches Großdeutschland! Die Macht der Arbeiterklasse muß entfesselt werden, um Frauen und eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti zu verteidigen! Und die Arbeiterklasse hat die Kraft, gegen die kapitalistische Konterrevolution zu kämpfen!“

Verteidigt die Errungenschaften der ostdeutschen Frauen!

Letztes Frühjahr schrieben wir: „Mit hoher Schulbildung und Berufsausbildung, mit den besten Mutterschaftsregelungen und umfassender Kinderversorgung, sind die Frauen, von denen über 90 Prozent arbeiten, ein zentraler Bestandteil der Arbeiterklasse in der DDR“ (*Spartakist* Nr. 69, 24. April 1990).

Die ehemalige DDR, mit ihren proletarischen Eigentumsformen und einer Planwirtschaft, bot der werktätigen Bevölkerung eine sichere und relativ egalitäre Existenz. Aber die revolutionäre Umwälzung in Ostdeutschland war nicht durch eine Arbeiterklasse erkämpft worden, die für die eigene Klassenmacht unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei mobilisiert worden war. Die soziale Revolution war nach dem Sieg der Roten Armee über die Nazis 1945 durch den Kreml von oben aufgestülpt worden. Daraus folgte eine Gesellschaft, die der bürokratisch degenerierten Sowjetunion qualitativ ähnelte. Mit ihrem antiinternationalistischen Dogma vom

Eine Ostberliner Mutter spricht:

Nachfolgend drucken wir einen Auszug eines Interviews mit Doris M., einer alleinstehenden Mutter von drei Kindern, ab.

Frauen wie mich gibt es en masse. Es gibt eine Million Kinder in der DDR von Alleinerziehenden — die meisten sind auch Frauen, die früher oder später in eine ganz prekäre Situation kommen, finanziell und mit allen Dingen. Wo ich mir am meisten Sorgen mache, ist weniger mit Krippen, weil ich die Zeit überstanden habe. Und Kindergärten — wenn solche Einrichtungen schließen. Die Frauen, die zu Hause sind, nehmen eh die Kinder raus und können es vielleicht auch nicht mehr bezahlen. Die, die noch arbeiten, finden vielleicht immer noch Kindergartenplätze und können sie noch halbwegs bezahlen, das geht gerade noch so.

Aber was passiert? Denn mit Garantie lassen sie unsere Horte sterben, die Versorgung der Kinder nach der Schule. Nun, sei mal berufstätig bis vier oder fünf, und die Schule ist um eins vorbei. Was machst du mit einem Kind, das sieben, acht oder neun Jahre ist? Es kann nicht alleine nach Hause und stundenlang unbeaufsichtigt bleiben.

Die, die verheiratet sind, weichen dann aus auf Teilbeschäftigung. Für die Frauen ist das auch ein Nachteil, weil sie eine Arbeit annehmen müssen, die gar nicht ihren Qualifikationen entspricht, weil in bestimmten Gebieten — ich denke an Leiter und Ärzte — können die gar nicht nur vier Stunden arbeiten. Die müssen auf primitivere Sachen zurückgreifen.

Aber wer nun alleinerziehend ist, der kann auch nicht vier Stunden arbeiten, weil das Geld nicht reicht. Ob sie dafür überhaupt an irgendeine Lösung denken? Denn soviel ich mitgekriegt habe von den alten Bundesländern, da ist es gang und gäbe, daß die Frau de facto ins Berufsleben zurücktritt, wenn die Kinder zwölf oder dreizehn sind. Dazwischen läuft gar nichts. Das ist für uns unvorstellbar.

Du kannst keine Schichten arbeiten, kannst auch nicht Sonnabend und Sonntag arbeiten, kannst nur im unmittelbaren Territorium arbeiten; das Berlin-Gebiet ist viel zu groß, weil du nicht eine Stunde Fahrzeit hinnehmen kannst wegen Unterbringung des Kindes. Abgesehen davon, daß sie dich mit einem kleinen Kind gar nicht annehmen. Und dann kommt noch hinzu: die Ausbildung ist nichts mehr wert, ist Null.

Du stehst also da wie eine ungelernete Arbeitskraft mit einem dreijährigen Kind an den Nerven, über Jahre nicht vermittelbar. Oder wo du eine Lösung gefunden hast, wo du dein Kind ständig unterbringen kannst, wo die es ins Bett bringen oder Sonnabend/Sonntag betreuen. Und wenn du das im Familienkreis nicht hast, wie willst du das bezahlen? Und auf Jahre hin verdienst du nicht so viel Geld, um dir etwas leisten zu können. Ich hätte von meinem Gehalt niemals eine Betreuung — 350 Mark im Monat oder 300 Mark vielleicht —, könnte ich gar nicht, weil mein Geld geht schon vorher zu Ende. Kommt ja gar nicht in Betracht. Und damit ist dein sozialer Abstieg richtig vorprogrammiert. Du hast gar keine Chance.

„Sozialismus in einem Land“ hat die stalinistische Bürokratie die riesigen Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft unterminiert und der kämpferischen Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten; so wurde selbst das Bestehen der deformierten Arbeiterstaaten gefährdet.

Dieser grundsätzliche Widerspruch trat in jedem Aspekt des Lebens in der DDR zutage, nicht zuletzt in der Stellung der Frau. Die Bürokratie hält die traditionellen bürgerlichen Werte aufrecht, nach denen die Frau die Kinder zu gebären und den Haushalt zu machen hat; von den Stalinisten wird die Familie zu einer „Kampfeinheit für den Sozialismus“ hochstilisiert. Zwar mußten die Betriebe nach DDR-Recht komplette Kinderbetreuungseinrichtungen unterhalten, die für alle werktätigen Erziehenden subventioniert waren; nur so konnten Frauen am wirtschaftlichen Leben in vollem Umfang teilnehmen. Doch diese Einrichtungen waren abends geschlossen — also eine zweite Schicht von Kinderbetreuung und stupider Hausarbeit für werktätige Frauen.

Eine von Associated Press veröffentlichte Genfer Erhebung zeigt bedeutend weniger Frauen in den gegenwärtigen osteuropäischen Regierungen als unter den stalinistischen Regimes. In Bulgarien und Ungarn entfielen früher 21 Prozent der Sitze im Parlament auf Frauen; jetzt sind es jeweils 3,5 und 7 Prozent. Natürlich waren diese Gremien nur Aushängeschilder für die stalinistischen Bürokratien; in keiner Weise verkörperten sie die politische Macht der Arbeiterklasse. Doch die „freien“ Wahlen des vergangenen Jahres entwurzelten sogar diese dürftige Integration von Frauen in das politische Leben.

Die Frauen in der DDR waren unvergleichlich besser gestellt als die in der kapitalistischen Bundesrepublik. Die Zahl der Frauen in der alten BRD, die in den Arbeitsprozeß integriert sind und Zugang zur Kinderbetreu-

ung haben, gehört zu den niedrigsten in Westeuropa, weit hinter Ländern wie Belgien und Frankreich, die ein erheblich niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen. Nur 57 Prozent der westdeutschen Frauen sind berufstätig, und nur drei Prozent aller Kinder haben Plätze in Kindertagesstätten. Sogar Bonns offizielle Statistiken sprechen von einer halben Million fehlender Plätze in Kindertagesstätten.

Die qualitativ besseren Einrichtungen, die es Frauen in den deformierten Arbeiterstaaten erlaubt haben, am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, unterstreichen die trotzkistische Position der bedingungslosen Verteidigung dieser Staaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Als das stalinistische DDR-Regime im Herbst 1989 anfang auseinanderzufallen, rief die IKL zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, um die Bürokraten zu stürzen — durch eine politische Revolution, die die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet, den Kampf zur sozialistischen Revolution im Westen ausweitet und die Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft legt, basierend auf einer internationalen Planwirtschaft. Als die herrschende SED/PDS sich aufzulösen begann und die raubgierige deutsche Bourgeoisie ihr ganzes Gewicht einsetzte, um die DDR ausbeuten zu können, kämpfte die SpAD als einzige unnachgiebige und unzweideutige Opposition gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands.

Kapitalistische Schockbehandlung: Als erste gefeuert

Der Anteil von Frauen an den Arbeitslosen insgesamt steigt von Monat zu Monat. Im November waren es schon 55 Prozent im Osten, und noch einmal über
Fortgesetzt auf Seite 22

Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!

Heroischer Bergarbeiterstreik erschüttert Türkei

Am 3. Januar legte ein gewaltiger Generalstreik von über zwei Millionen Arbeitern alle größeren Städte der Türkei lahm. „Wir haben die Schiffe versenkt, es gibt keine Rückkehr“, riefen die Arbeiter und brachten ihre Entschiedenheit zum Ausdruck, den Kampf für Özals Sturz bis zu Ende zu führen. In Istanbul stand der städtische Verkehr völlig still, Stromversorgung und Telefon fielen immer wieder aus. Die türkischen und kurdischen Arbeiter zeigten eindrucksvoll ihre Solidarität mit den streikenden Kumpels und Metallarbeitern und ihren Protest gegen Özals Kriegskurs gegen den Irak im Auftrag der NATO.

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt der SpAD ab, das wir bei Solidaritätsdemonstrationen in Hamburg und Berlin verteilt haben. Anstatt für eine möglichst breite Solidaritätsdemonstration zu sorgen, schloß in Berlin ein Komitee sektiererisch den Spartakist-Block aus, weil wir uns weigerten, unser Plakat „Verteidigt Irak – Für die Niederlage der USA/NATO-Imperialisten!“ zensieren zu lassen.

BERLIN, 30. Dezember – Seit über einem Monat führen 48 000 Kohlebergleute einen heldenhaften Streik, der die Schwarzmeerstadt Zonguldak elektrisiert hat. Ihr Streik hat die kämpferische und unruhige Arbeiterklasse, Kurden wie Türken, die die repressive Diktatur von Turgot Özal satt hat, in der gesamten Türkei begeistert. Solidaritätsstreiks wurden im kurdischen Ostanatolien ebenso durchgeführt wie von türkischen Arbeitern. Am 26. Dezember traten mehr als 100 000 Metallarbeiter in einen Streik für Lohnerhöhungen. Tausende Textilarbeiterinnen sind ebenfalls seit mehr als einer Woche im Streik. Der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, Türk-İs, der zwei Millionen Arbeiter repräsentiert, hat für den 3. Januar zum Generalstreik aufgerufen.

Der Streik kommt zu einem Zeitpunkt, wo die rechtsgerichtete Özal-Regierung die Türkei in aggressiver Weise auf den imperialistischen Krieg gegen den Irak verpflichtet hat. Als Antwort darauf haben die Streikenden von Zonguldak dies auch zu einer ihrer Forderungen gemacht: Nein zum Krieg. Die Türkei ist der Frontstaat der NATO im Nahen Osten. Özal hat nicht nur die

Pipelines für irakische Ölexporte unterbrochen, sondern auch die US-Streitkräfte und die deutsche Luftwaffe eingeladen, die Türkei als Aufmarschgebiet für eine Invasion des Irak zu nutzen. Der äußerst unpopuläre Kriegskurs hat auch eine Verschärfung der Unterdrückung im eigenen Land bedeutet. Eine 16jährige Schülerin, die ein Plakat „Nein zum Krieg“ in der Toilette ihrer Schule aufgehängt hat, wurde sofort verhaftet, und ihr drohen 24 Jahre Gefängnis. Verteidigt Irak! Für die Niederlage der USA/NATO-Imperialisten!

Der Streik geht also nicht einfach um wirtschaftliche Forderungen. Wie der populäre Gewerkschaftsführer und Streikführer Şemsi Denizler einem Reporter sagte: „Wir wollen Özals Kopf“. Dadurch, daß Özal den Generalstreik vom 3. Januar für „illegal“ erklärt hat, hat er sein Regime tatsächlich auf einen direkten Kollisionskurs zur organisierten Arbeiterbewegung gebracht.

Die berechtigten Forderungen der Bergleute von Zonguldak nach einer Lohnerhöhung von 450 Prozent und nach besserer Arbeitssicherheit haben die ganze Stadt auf die Beine gebracht. Das gesamte politische Spektrum von den Linken über die Sozialdemokraten bis hin sogar zur rechten Dogruyol-Partei hat seine Unterstützung des Streiks bekundet. Ohne Zweifel versucht die Volksfront-„Opposition“ die Kampfkraft der Arbeiter zu kanalisieren, indem sie versucht, dem blutrünstigen türkischen Kapitalismus eine „demokratischere“ Fassade aufzusetzen als die weithin verhaßte Özal-Diktatur.

Der Streik von Zonguldak hat auch die türkischen und kurdischen ausgewanderten Arbeiter begeistert, besonders in Deutschland, wo sie ein kämpferischer strategischer Bestandteil des Industrieproletariats sind. Der Streik hat die offizielle Unterstützung der IG Metall, der IG Bergbau und des DGB erhalten, nachdem türkische und kurdische Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter die DGB-Büros in Hamburg kurz besetzt hielten. Bergleute im Ruhrgebiet, von denen viele Türken und Kurden sind, führten letzte Woche einen einstündigen Solidaritätsstreik durch. In Köln, Hamburg und Berlin sind Solidaritätsdemonstrationen geplant, die mit dem Generalstreik am 3. Januar in der Türkei zusammenfallen sollen.

Streikunterstützer haben die deutsche Gewerkschaftsbewegung aufgerufen, alle Kohlelieferungen in die Türkei zu boykottieren. Der DGB hat erklärt, daß keine Kohle geliefert wird, aber das gleiche sagten sie während des britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85, als in Wirklichkeit deutsche Kohle von Duisburg über Rotterdam verschifft wurde. Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands haben Hamburger Hafenarbeiter und andere Gewerkschafter dazu aufgerufen, die Streikenden von Zonguldak mit Geld zu unterstützen und wachsam zu sein, um Streikbrecherlieferungen von Kohle in die Türkei zu verhindern.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland muß gegen Angriffe der Bonner Bourgeoisie auf ihre eingewanderten Kollegen kämpfen, da 1991 neue rassistische Gesetze gegen Immigranten in Kraft treten. Außerdem werden in einer Reihe von Fabriken in Berlin Arbeiter aus der früheren DDR zu Löhnen eingestellt, die sogar noch wesentlich unter denen liegen, die türkische Arbeiter erhalten. Die SpAD fordert gleiche Löhne in Ost und West

Fortgesetzt auf Seite 23

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 82

Bestellt bei:

Postfach 2002

Berlin O-1026

Sparkasse der Stadt Berlin

Konto-Nr. 6652-44-314496

Postfach 51 06 55

1000 Berlin 51

Postgiro Ffm 119 88-601

Özal'ı İşçi Devrimiyle Yıkalım!

Kahraman Madenciler Grevi Türkiye'yi Sarsıyor

BERLİN, 30 Aralık -- 48 bin madencinin sürdürdüğü yiğit grev Karadeniz şehri Zonguldak'ı son bir aydır bütünüyle harekete geçirdi. Madenciler grevi, baskıcı Turgut Özal diktatörlüğünden usanan, huzursuz ve dövüşken işçi sınıfına; Kürdüyle, Türküyle tüm ülkede ilham kaynağı oldu. Kürdistan'da ve Türk işçileri arasında dayanışma grevleri gelişti. 26 Aralıkta 100 binin üzerinde metal işçisi ücret artışı talebiyle greve çıktı. Binlerce tekstil işçisi de bir haftadır grevde. Grev hareketi daha şimdiden, 1980'den bu yana yapılan en büyük sendika eylemi haline geldi. Türkiye'de 2 milyon işçiyi temsil eden en büyük sendika konfederasyonu Türk-İş 3 Ocak için genel grev çağırısında bulundu.

Madenciler grevi; sağcı Özal hükümetinin tam da Türkiye'yi Irak'a karşı emperyalist savaşa saldırganlıkla bağladığı bir zamana denk düşüyor. Zonguldak grevcileri buna karşıt bir talep yükselttiler: Savaşa hayır!. Türkiye Yakın Doğu'da NATO'nun ön cephesi. Özal, sadece Irak petrol ihracat borularını kapamakla kalmayıp, ABD güçlerini ve Alman Luftwaffe'yi Irak'ı işgalde Türkiye'yi basamak olarak kullanmaya davet etti. Muazzam hoşnutsuzluk yaratan bu harp güdümü; aynı zamanda ülke içerisinde baskının artırılmasını da getirdi. Okul tuvaletine "Savaşa Hayır" sloganı yazan 16 yaşında bir kız öğrenci anında tutuklanarak *24 yıl hapis cezası* ile tehdit edildi. Irak'ı savunalım! ABD/NATO emperyalistlerini yenilgiye uğratalım!

Grev talepleri sadece ekonomik değil. Zonguldak'ta pöpöler sendika ve grev lideri Şemsi Denizer'in bir gazeteciye ifade ettiği gibi: "Biz Özal'ın kellesini istiyoruz.". Özal, 3 Ocak genel grevini kanunsuz ilan ederek, kendi rejimini örgütlü işçi sınıfıyla çatışma yoluna soktu.

Zonguldak madencilerinin yüzde 450 ücret artışı ve daha emniyetli çalışma koşulları isteyen haklı talepleri tüm şehri seferber etti. Solculardan, Sosyal Demokratlar'a ve hatta sağcı Doğru Yol Partisi'ne kadar, bütün politik yelpazeden greve destek verildiğine dair beyanatlar geldi. Şüphesiz ki, halk-cepheci muhalefet işçilerin savaşkanlığını; katı Türk kapitalizminin, büyük nefret duyulan Özal diktatörlüğü yerine, daha "demokratik" sahte bir görünüme kanalize etmek istiyor.

Zonguldak grevi Kürt ve Türk göçmen işçilere de ilham kaynağı oldu. Özellikle de Almanya'da bu işçiler, endüstriyel proleteryanın militan stratejik bir parçasını oluşturuyorlar. IG Metal ve IG Bergbau (madenciler) greve resmi destek verdi. Türk ve Kürt işçilerin ve sendika temsilcilerinin Hamburg'da DGB ofisini kısa bir süre işgal etmesinden sonra DGB sendika federasyonu da greve resmi destek verdi. Geçtiğimiz hafta, büyük sayıda Kürt ve Türk işçisinin çalıştığı Ruhr maden ocaklarında işçiler bir saatlik dayanışma grevine gittiler.

Türkiye'de çağırılan 3 Ocak genel greviyle aynı zamanda yapılmak üzere Köln, Hamburg ve Berlin'de gösteriler planlanıyor.

Madenciler grevinin destekçileri Alman sendika hareketine, Türkiye'ye ihraç edilecek kömüre el sürmeme çağırısında bulundular. DGB Türkiye'ye hiç kömür gönderilmediğini belirtti. Ancak, 1984-85 İngiltere madenciler grevinde de aynı şeyi söyledikleri halde kömür Rotterdam yoluyla Duisburg'dan gönderiliyordu. Almanya Spartakist İşçi Partisi (SpAD) destekçileri de Hamburg dok işçilerine; Zonguldak grevcilerini, parasal yardım ve Türkiye'ye yapılacak olan grev kırıcı kömür ihracını durdurmak için gözlerini açık tutup tetikte bulunarak desteklemeleri çağırısında bulundu.

Almanya'da yabancı düşmanı, ırkçı yeni yasalar 1991 yılında yürürlüğe giriyor. Almanya işçi hareketi; Bonn hükümetinin göçmen işçi kardeşlerine yaptığı saldırılara karşı savaşmalıdır. Dahası, Berlin bölgesindeki birçok fabrikada, daha önceleri Doğu Almanya'da çalışan Alman işçiler, Türk işçilerine ödenen ücretten çok daha düşük ücretle işe alındılar. SpAD, Doğu'da ve Batı'da eşit ücret ve "Göçmen işçilere tam vatandaşlık hakkı" talep ediyor. Alman emperyalizminin Dördüncü Reich'ine karşı işçi sınıfı direnişinde göçmen işçiler kritik bir rol oynayabilirler.

Alman ordusu Türkiye'de, sayıları on milyonu aşan Doğu Anadolu Kürtlerini vahşice baskı altında tutan Türk askeri birliklerinin eğitiminde aktif rol oynuyor. Bununla da kalmayıp, 1988 yılında Saddam Hüseyin tarafından Irak'tan dışarı sürülen onbinlerce Kürt göçmen, yine bir kışı daha Türk tarafında çadırlarda geçirmenin ızdırabını yaşıyor. Almanya'da, Zonguldak grevine destek çalışması yapan Türk ve Kürt militanlar bize; madencilerin taleplerinden birisinin de aynı zamanda, Kürtlerin kendi dillerini konuşma hakkı olduğunu belirttiler. Hem Suriye ve İran, hem de Irak ve Türkiye arasında Balkanlaştırılan; ulusal baskıya karşı mücadele veren Kürt ulusu, Yakın Doğu'da proleter birliğin sağlanmasına anahtarıdır: Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!

Zonguldak grevi ve Türkiye'de sınıf mücadelesi dalgasının kabarması; Irak'a karşı emperyalist savaş seferberliği; ve Stalinizmin Doğu Avrupa ve Sovyetler Birliği'nde dramatik çöküşü, Türk ve Kürt solcularını ve işçilerini Lenin ve Troçki'nin gerçek komünizmine kazanmada önemli fırsatlar yaratıyor. Özellikle kadınların ve Kürtlerin üzerindeki baskılara ve tüm baskı biçimlerine karşı savaşan ve işçi sınıfının politik iktidarı için uzlaşmaz kavga veren enternasyonalist bir işçi partisi önümüzdeki acil gerekliliktir. Kahraman Zonguldak madencileri zafere! Kürt ve Türk işçilerinin enternasyonalist birliği için! Özal'ı işçi devrimiyle yıkalım! ■

Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll



Profil

Sowjetische Wirtschaft am Böden: Leere Regale in Leningrader Vorstadt. Rechts: UdSSR von Separatisten zerrissen. Sowjetische Soldaten konfrontieren moldawische Nationalisten

Reuters

Sowjetunion Winter der Entscheidung

Die Aktien an der Frankfurter Börse fielen, als der sowjetische Außenminister Schewardnadse beim 4. Kongreß der Volksdeputierten seinen Rücktritt bekanntgab. Aber die Opposition zu Gorbatschows/Schewardnades Ausverkauf Osteuropas, vor allem an den deutschen Imperialismus, und ihre kriminelle Unterstützung des imperialistischen Kriegs im Golf kommt von Kräften der sowjetischen Armee, die Sojus und den russischen Nationalisten nahestehen. Der Kongreß bestätigte die bisherige Außenpolitik der UdSSR und endete mit weiteren Machtbefugnissen für Präsident Gorbatschow

und der Ankündigung von Volksabstimmungen zur nationalen Frage und zum Privateigentum an Boden. Gleichzeitig spitzt sich die Situation weiter zu, Gorbatschow mußte im ersten Wahlgang für seinen neuen Vize Janajew eine demütigende Niederlage einstecken und konnte sich erst im zweiten Anlauf durchsetzen. Und Jelzin erklärte während des Kongresses, daß er den gesetzlichen Anteil der Russischen Republik am Unionshaushalt weitgehend für eigene Zwecke zurückhalten wird. Nachfolgend drucken wir einen Artikel aus Workers Vanguard Nr. 515 (30. November 1990) ab.

MOSKAU/LENINGRAD — Die Gewehrscüsse vor dem sowjetischen Führer Gorbatschow bei der Feier vom 7. November auf Moskaus Rotem Platz sind ein Symbol für die explosive Lage, vor der die Sowjetunion heute steht. Im ganzen Land wurde der Revolutionstag zum Barometer für die scharfe politische Polarisierung in der gesamten sowjetischen Gesellschaft. Zehntausende von sowjetischen Bürgern gingen auf die Straße, um den offenen konterrevolutionären Mobilisierungen die Stirn zu bieten und den 73. Jahrestag der bolschewistischen Revolution zu feiern. Hätte die Führung der Roten Armee nicht darauf bestanden, hätte es sehr wahrscheinlich dieses Jahr überhaupt keine Gedenkfeier zu Ehren der Revolution gegeben. Die jahrzehntelange Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie hat die Sowjetunion zum Siedepunkt gebracht. Die bloße Existenz des Heimatlan-

des der Oktoberrevolution steht auf dem Spiel.

Der dramatische Zerfall der stalinistischen Bürokratie unter Gorbatschow hat die schnell um sich greifende Gefahr der kapitalistischen Konterrevolution und der nationalen Auflösung mit sich gebracht. Die Wirtschaft befindet sich in einem Chaos, da der Mechanismus der bürokratischen Planung weggerissen wird und nichts an dessen Stelle tritt. Die Ladenregale in den Industriezentren und größeren Städten sind völlig leer. Das Chaos des Marktes hat zu weitverbreiteter Spekulation, zum Hamstern, zum Zusammenbruch des Transportwesens und praktisch zu einem Getreidestreik geführt. Trotz der größten Ernte seit Jahren spricht man überall vom drohenden Hungerwinter, und Soldaten sind auf die Felder geschickt worden, um Kartoffeln zu roden. Ein alter Rentner verspottete die Führung, indem er mit einem

Für eine trotzkistische Partei!

dürren toten Huhn, das er hochhielt, über den Roten Platz marschierte. Eine strenge Rationierung ist eingeführt worden, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat.

Die Stadträte von Moskau und Leningrad werden von Kräften dominiert, die offen erklären, daß ihr Ziel die Restauration des Kapitalismus ist. Gleichzeitig stellt der demagogische Chef der russischen Republik, Boris Jelzin, auf provokative Weise die Autorität des Kreml in Frage. Jelzin besteht auf einer 500-Tage-„Schockbehandlung“, die die volle Restauration einer kapitalistischen Marktwirtschaft zum Ziel hat. Das gleiche Ziel hat Gorbatschow auch, nur über den Zeitplan ist er anderer Meinung. Gorbatschow hat sich inzwischen den Forderungen gefügt, einen neuen Bundesrat zu bilden und Ministerpräsident Ryschkow fallenzulassen, weil er den Gewaltmarsch zum Markt verlangsamt. Dafür ist Gorbatschow effektiv das Recht (wenn auch nicht die Macht) zugestanden worden, durch Notstandsverlaß zu regieren.

Fünf Jahre von Gorbatschows marktorientierter Perestroika (Umgestaltung) haben bürokratisierte Anarchie hervorgebracht und nationalistischen und kommunalistischen Brudermord entfacht. Praktisch jede einzelne Republik, jedes autonome Gebiet und jede nationale Gruppe hat sich für „souverän und unabhängig“ erklärt. Kommunistisches Blutvergießen hat sich vom Kaukasus auf das turksprachige Gebiet von Zentralasien ausgeweitet und jetzt auf Moldawien.

Doch zum ersten Mal seit sechs Jahrzehnten ist in der Sowjetunion wieder das revolutionäre internationalistische Programm von Lenins und Trotzki Bolschewiki öffentlich dargestellt worden. Am 7. November wurde das rote Banner von Trotzki's Vierter Internationale, mit Hammer und Sichel und „4“, auf dem Schloßplatz in Leningrad entfaltet — wo 1917 der Sturm auf das Winterpalais den endgültigen Sieg der Arbeitermacht bedeutete. In Moskau und Leningrad schnappten sich Demonstranten fast 1400 Exemplare des russischsprachigen *Spartacist Bulletin* Nr. 1 (dessen Einleitung im neuen englischsprachigen *Spartacist* Nr. 45/46, Winter 1990/91, abgedruckt ist). Tausende von weiteren Exemplaren des *Spartacist Bulletin* sowie andere russischsprachige Literatur der Internationalen Kommunistischen Liga sind jetzt in der Sowjetunion in Umlauf.

In Leningrad bildeten Genossen der IKL bei der Demonstration am Revolutionstag einen Block — dabei arbeiteten sie mit einer Gruppe von jungen Aktivisten zusammen, die sich als Trotzkiisten betrachten, die Werke von Trotzki studieren und sich die Programme von internationalen vorgeblich trotzkistischen Strömungen ansehen. Sie verteilten ein Flugblatt (abgedruckt auf Seite 14), das mit dem Aufruf schloß: „Für eine unionsweite trotzkistische Partei!“, gerichtet an die „Roten Reihen“, in denen Mitglieder der Kommunistischen Partei und Soldaten der Roten Armee marschierten. Sie demonstrierten und versammelten sich mit Plakaten, auf denen unten stand: „Spartacist/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)“. Ihre Losungen zeigten die Richtung für die Rückkehr zum Weg Lenins und Trotzki: „Es lebe die Feier der Oktoberrevolution! Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution! Nieder mit der Restauration des Kapitalismus! Die Macht den Sowjets der Werktätigen!“

Die „demokratischen“ Kräfte der blutigen Konterrevolution

Am Anfang wollten die für Jelzin eingestellten Stadträte von Moskau und Leningrad jede Demonstration am Revolutionstag absagen und sabotieren. In den Wochen vor dem 7. November gingen in Moskau laufend Gerüchte um, die von prokapitalistischen Kräften verbreitet wurden, daß angeblich unter dem Deckmantel der Vorbereitungen zur Parade vom 7. November ein Militärputsch der „Konservativen“ durchgeführt werden sollte. Verteidigungsminister Dmitri Jasow verurteilte mit aller Schärfe diese Gerüchte als eine Verleumdung und schlug gegen die „sogenannten Demokraten“ zurück: „Dies ist sehr nützlich für bestimmte Leute. Nicht nur, um die Armee zu erschüttern, sondern auch, um sie zu verleumden. Doch am wichtigsten, um eine Art ‚Coup d'Etat‘ vorzubereiten ...“ (*New York Times*, 1. Oktober 1990).

Gorbatschow setzte sich gegen die Jelzin-Anhänger durch, doch er versuchte, das Ereignis auf Militärparaden zu beschränken. Die Moskauer Medien sendeten Appelle, daß die Menschen zu Hause bleiben sollten. Doch angesichts konterrevolutionärer Mobilisierungen appel-

Fortgesetzt auf Seite 14



Leningrad,
7. November 1990,
Jahrestag der Russischen
Revolution. Das rote Banner
des Trotzkiismus wurde auf
dem Schloßplatz gehißt

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 13

lierten Führer der KPdSU im letzten Augenblick im Fernsehen an die Bevölkerung, ihre Unterstützung für den Oktober zu zeigen. In Moskau demonstrierten 100 000 bei der offiziellen Gedenkfeier, wo ein Banner forderte: „Antikommunist Gorbatschow raus aus der KPdSU“. Andere trugen Plakate wie „Hände weg von Lenin!“ und „Nein zu einem Arbeitsmarkt!“. Zur gleichen Zeit hielt ein russisch-orthodoxer Priester bei einer Demonstration von 10 000 Rechten (über die in den westlichen Medien massiv berichtet wurde) eine Andacht für die „Opfer des Kommunismus“. Nachdem Jelzin kurz die Tribüne über dem Lenin-Mausoleum mit Gorbatschow geteilt hatte, ging er direkt zur antikommunistischen Gegendemonstration auf der anderen Seite des Kreml, wo er mit stürmischem Beifall begrüßt wurde.

In Leningrad gab es, nachdem die Roten Reihen den Newski Prospekt zum Schloßplatz marschiert waren, eine zweite Demonstration, von den sogenannten „Demokratischen Reihen“, deren Hauptlosung lautete: „Der 7. November ist ein Tag der Tragödie“. Der Charakter dieser „demokratischen Kräfte“ wurde völlig entlarvt durch die Tatsache, daß Blöcke der faschistischen Organisation Pamjat und anderer ultrarechter Vereine an ihrer Spitze

marschierten, gefolgt von der Volksfront und der Demokratischen Union. In Kiew versuchten nationalistische ukrainische Studenten, die Parade der Roten Armee zu behindern. In Vilnius, Litauen, mußten Fallschirmjäger rechtsgerichtete Studenten vertreiben. In Georgien wurde die Feier des Revolutionstages auf einen Militärstützpunkt in der Nähe von Tbilissi beschränkt. In vielen Städten gab es überhaupt keine Revolutionsfeier.

Viele Militärkader sind zu Recht empört über die weitverbreitete Verunglimpfung des sowjetischen Patriotismus; immer mehr Leute drücken sich vor der Wehrpflicht oder desertieren, besonders in den nichtrussischen Republiken; Kollaborateure der Nazis in den baltischen Republiken sind offen aus der Versenkung aufgetaucht; die militärische Intervention in Afghanistan gegen die von der CIA bewaffneten islamischen Mudschaheddin ist sabotiert und diffamiert worden. Doch vielleicht mehr als alles andere sind sie empört über Gorbatschows einseitiges Zurückweichen vor der NATO und dem Vierten Reich des deutschen Imperialismus, wo jetzt die entlassenen Offiziere und Soldaten zurückkehren, denen Arbeitslosigkeit und Zeltstädte drohen.

Eine trotzkistische Partei in der Sowjetunion könnte Rotarmisten in ihre Reihen aufnehmen, die ihr Land nicht vom westlichen Imperialismus wie eine Kolonie

Fortgesetzt auf Seite 20

IKL hißt das Banner des Trotzismus in Leningrad und Moskau

Es lebe die Feier der Oktoberrevolution!

Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution!

Nieder mit der Restauration des Kapitalismus!

Die Macht den Räten der Werktätigen!

- Baut eine antistalinistische leninistisch-trotzkistische Partei auf aus Arbeitern und den Teilen der Armee mit den geringsten Privilegien und den größten Verantwortlichkeiten!
- Für wirkliche Gleichheit auf der Basis von Überfluß!
- Alle Macht den Räten der Werktätigen! Schmeißt die Parasiten, Ausbeuter und ihre Ideologen aus den Sowjets!
- „Sozialismus in einem Land“ ist ein Mythos, der zur Niederlage führt! Für proletarischen revolutionären Internationalismus!
- Für die militärische Verteidigung der UdSSR gegen den imperialistischen Schraubstock, der sich um sie zusammenzieht! Gegen die Zerstückelung der UdSSR!
- Für demokratisch-zentralistische Planung durch die Räte der Arbeiter und ihrer Verbündeten – der Bauern, der werktätigen Intelligenz und des Teils des Militärs, der freiwillig seine Privilegien zurückweist! Stalins Erben verkaufen unsere Heimat aus.
- Für Arbeitermobilisierungen gegen Chauvinismus, Pamjat und Antisemitismus!
- Für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht auf Selbstbestimmung für jede Nation mit einer antikonterrevolutionären Führung, wie sie es für notwendig hält.
- Für eine Regierung wie die von Lenin-Swerdlow, auf der Basis von Arbeiterdemokratie!
- Für den Aufbau einer unionsweiten trotzkistischen Partei!

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Да здравствует годовщина
Октябрьской революции!

Защитим завоевания Октябрьской революции!

Долой реставрацию капитализма!

За власть Советов трудящихся!

- Создать антисталинистскую ленинистско-троцкистскую партию из рабочих и тех слоев армии, которые имеют меньше привилегий и больше обязанностей!
- За подлинное равенство на базе изобилия!
- Вся власть Советам трудящихся! Изгнать паразитов, эксплуататоров и их идеологов из Советов!
- «Социализм в отдельной стране» — пораженческий миф! За пролетарский революционный интернационализм!
- За военную защиту СССР от стягивающихся вокруг него тисков империализма! Против расчленения СССР!
- За демократически-централизованное планирование через Советы рабочих и их союзников — колхозников, трудовой интеллигенции и военных, которые добровольно отказались от своих привилегий! Сталинские наследники продают нашу родину.
- За мобилизацию рабочих против шовинизма, «Памяти» и антисемитизма!
- За демократическую реорганизацию Советского Союза и право каждой нации с анти-контрреволюционным руководством на такое самоопределение, какое она считает нужным.
- За правительство типа Ленина-Свердлова на основе рабочей демократии!
- За образование всесоюзной троцкистской партии!

ИНТЕРНАЦИОНАЛЬНАЯ КОММУНИСТИЧЕСКАЯ ЛИГА
(IV Интернациональная)

Perestroika heißt Elend für die Massen

Drang nach Osten mit Care-Paketen, diesmal

Nach einer Rekordernte droht den sowjetischen Massen jetzt verzweifelter Elend. Es gibt keine Versorgungsprobleme für diejenigen, die die Wucherpreise auf den Privatmärkten bezahlen können, aber für die sowjetischen Werktätigen sind die Regale leer. Gorbatschows „Markt-reformen“ fördern die wirtschaftliche Anarchie und nationalistische Auseinandersetzungen und bedrohen damit die Existenz der Sowjetunion selbst.

Die deutschen Imperialisten sind davon überzeugt, daß sie nur mittels Gorbatschow das ganze Geschäft übernehmen können, sofern er die massive soziale Unzufriedenheit und den nationalistischen Zerfall überlebt. Deshalb war das einzige, worauf sich Kohl und Genscher mit den westeuropäischen Staatschefs bei ihrem Gipfeltreffen Mitte Dezember in Rom einigen konnten, Gorbatschows Posten zu retten.

Die „Hilfe-für-Rußland“-Kampagne im Anschluß daran trifft auf weite Zustimmung: bei großdeutschen Nationalisten, die Gorbatschow dafür danken wollen, daß er die ehemalige DDR und ganz Osteuropa hergeschenkt hat, genauso wie bei kleinbürgerlichen Pazifisten, die Gorbatschows Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus bejubeln und die ihm dafür jetzt eine „Friedensdividende“ auszahlen wollen. Gleichzeitig droht ein imperialistisches Massengemetzel am Golf. In dieser Frage gibt es eine „Große Koalition“; so trat IG-Metall-Boß Steinkühler zusammen mit dem ersten Reichskanzler seit Hitler, Helmut Kohl, in der Sondersendung „Helft Rußland“ von ZDF und *stern* auf. SPD-„Ost“-Experte Egon Bahr forderte, daß die Luftwaffe eine Luftbrücke organisieren solle, um Gorbatschows prokapitalistische Politik zu retten, und natürlich kündigte das Bonner „Verteidigungs“-ministerium an, daß Bundeswehr und Bundesmarine die Care-Pakete ausliefern werden.

Die deutsche imperialistische Armee ist wieder in Rußland! Dies rief bei vielen Sowjetbürgern wieder die 900 Tage der Belagerung von Leningrad ins Gedächtnis zurück, bei der 650 000 Menschen an Hunger und Kälte gestorben sind. Konkret (Januar 1991) wies in ironischem Ton darauf hin, daß die „Helft-Rußland“-Kontonummer der Aktion von ZDF und *stern* ausgerechnet 33 33 33 und die der „Solidaritätshilfe Osteuropa“ des Roten Kreuzes 41 41 41 ist, und daß diese Care-Paket-Operation-Barbarossa auf dem Vorbild der Wehrmacht beruht. Ja, diesmal greift der deutsche Imperialismus zu den „friedlichen“ Waffen der mächtigen D-Mark und der „Lebensmittelwaffe“, ein Favorit der Amerikaner, wie das *Wall Street Journal* (13. Dezember 1990) dazu erwähnte.

Während sie der Kampagne Beifall spendet, jammert die PDS gleichzeitig, daß die Bourgeoisie von Auschwitz, an die sie die DDR verschenkt hat, nicht auch noch Care-Pakete für die Millionen von ostdeutschen Arbeitern organisiert, die auf die Straße geworfen werden (*Neues Deutschland*, 20. Dezember 1990). Natürlich erwähnt sie nicht die Zehntausenden von eingewanderten Arbeitern, die zurückgeschickt werden ins Elend der Dritten Welt. Stattdessen haben die Frankfurter Bankiers und ihre Statthalter von der Treuhand (denen die PDS ihre bedingungslose Loyalität geschworen hat) gerade die Fabriken stillgelegt, die lebenswichtige Ersatzteile an die Sowjetunion geliefert hatten, und die LPGs untergeplüßt, die die Lebensmittelversorgung sichergestellt hatten. Die letzte Verschiffung von Kartoffeln wurde verzögert, so daß sie wochenlang im Hamburger Hafen vor

sich hin rotteten, ehe sie schließlich auf sowjetische Schiffe verladen wurden. Aber wie die SpAD gewarnt hat, sind dies die unvermeidlichen Konsequenzen der großdeutschen kapitalistischen Wiedervereinigung, und sie werden die unvermeidlichen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration sein, die Gorbatschow in der Sowjetunion vorbereitet.

„Helft Rußland“ ist begleitet worden von einer chauvinistischen Kampagne, die davor warnt, daß Millionen von Flüchtlingen vor nationalistischen Pogromen und wirtschaftlichem Chaos sich über die sowjetischen Grenzen nach Osteuropa flüchten und dann westwärts strömen werden. Jahrelang haben die Imperialisten unter der Führung der USA eine wirtschaftliche Kalte-Kriegs-Blockade gegen die Sowjetunion durchgeführt und verlangt, sie müsse ihre Auswanderungsbeschränkungen, vor allem für sowjetische Juden, lockern. Jetzt, wo Gorbatschow dem nachkommt, haben die USA ihre eigenen Einwanderungsbeschränkungen verhängt, um sowjetische Juden fernzuhalten. Der zionistische Jüdische Weltkongreß verlangt genau wie hiesige Antisemiten innerhalb des Kohl-Regimes und wie auch die Nazis, die durch die Straßen wüten, daß Deutschland einen Judenstopp verhängen soll.

Die Botschaft ist klar: Sowjetische Juden sollen gefälligst ins „Gelobte Land“ gehen, wo sie im Augenblick in Zelten leben, um als Kanonenfutter und Siedler in den besetzten Gebieten zu dienen im Rahmen der zionistischen Kampagne für ein palästinenser„reines“ Großisrael. Zur gleichen Zeit hat der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Herbert Schnoor kurz seine Aufmerksamkeit von der Abschiebung von 1500 Roma-Familien abgewendet, um ein jährliches „Kontingent“ von 10 000 sowjetischen Juden als Persilschein für das Vierte Reich zu fordern. Schon letztes Jahr war die SpAD die erste Organisation (und bisher in der Tat die einzige, die dafür auf die Straße gegangen ist), die am 19. September 1990 vor dem Mahnmahl für die Opfer des Faschismus in Berlin gegen den Judenstopp des Vierten Reichs protestierte.

Aber die „Hilfe-für-Rußland“-Kampagne sprach ebenfalls viele Werktätige an, die die heldenhaften sowjetischen Völker ehren, von denen 26 Millionen gestorben sind, um Hitlers Faschismus zu besiegen. Das SpAD-Flugblatt „1000 Neueinstellungen sofort!“ (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 80), das die Hamburger Hafentarbeiter dazu aufrief, die Organisation und Verladung der Kartoffeln in die eigenen Hände zu nehmen, war in den Häfen von Hamburg und Rostock ausgesprochen populär. Wir begrüßen es, daß die streikenden Reichsbahner lebenswichtige Lieferungen an die Sowjetunion weitergeleitet haben.

Dies steht vollständig in der Tradition des proletarischen Internationalismus von Lenin und Trotzki. Als nach den Verwüstungen von sieben Jahren imperialistischem Krieg und anschließendem Bürgerkrieg der junge Arbeiterstaat eine schwere Hungersnot erlitt, akzeptierte Lenin Lebensmittelhilfe von den USA, aber er wandte sich besonders an die Werktätigen der Welt:

„Wer sein Lebtage das Joch des Kapitals am eigenen Leibe verspürt hat, wird die Lage der Arbeiter und Bauern Rußlands verstehen, wird mit dem Instinkt des Werktätigen und Ausgebeuteten verstehen oder empfinden, wie notwendig die Unterstützung der Sowjetrepublik ist, die als erste die dankbare, aber schwere Auf-

Fortgesetzt auf Seite 19

Irak...

Fortsetzung von Seite 1

natürlich nichts zu tun haben mit hohen moralischen Prinzipien. Das zunehmende Abrutschen der US-Wirtschaft in ein bodenloses Loch hat nur zu einer immer wahn-sinnigeren Eskalation der militärischen Mobilisierung geführt, trotz der steigenden Kosten. (Krieg als „Lösung“ für Wirtschaftskrisen ... Karl Marx hat wieder Recht!) Aber die ausgebrannten Stalinisten in Moskau und die liberalen Demokraten glauben immer noch an das Hirngespinnst einer „Friedensdividende“ und wollen glauben, daß Bushs Krieg nur eine Unregelmäßigkeit ist, die verschwinden wird, vielleicht durch irgendeine Art Abkommen.

Am 29. November peitschten die USA ihre Kriegsresolution Nr. 678 durch den UN-Sicherheitsrat, nachdem sie massiv Druck ausgeübt hatten, in großem Stil Stimmen gekauft hatten und alle Außenminister zur Unterzeichnung nach New York beordert hatten. Als jedoch Bush am nächsten Tag eine „Friedens“mission ankündigte, nämlich daß er Außenminister Baker nach Bagdad schicken würde, um Hussein zu treffen „zu einem beiden Seiten passenden Zeitpunkt zwischen dem 15. Dezember und dem 15. Januar“, begannen die Ölpreise zu fallen und alle Welt sah Friedenstauben aufsteigen. Hussein ließ als Geste guten Willens alle Geiseln frei und brachte sogar Termine für das Treffen ins Gespräch. Aber als er Fühler ausstreckte und andeutete, der Irak könnte sich aus beinahe ganz Kuwait zurückziehen, änderte plötzlich Bush die Bedingungen — der 12. Januar war jetzt zu spät (nur drei Tage vor seinem Tag X für die Weltkatastrophe). Weil das Weiße Haus fest entschlossen ist, daß *der Krieg wegen Kuwait stattfinden muß*, können sie es nicht zulassen, daß ihr Casus belli reduziert wird auf eine solch lächerliche Frage wie die Souveränität über ein paar unbewohnte Inseln.

Es ist nicht so, daß der starke Mann des Irak nicht bereit wäre zu verhandeln. Wie sein Informationsminister Naji Al Hadithi einem Journalisten der *Village Voice* (1. Januar) gegenüber betonte:

„Wir kontrollieren also 20 Prozent des Öls der Welt. Bis zum 2. August haben wir davon ein Drittel in die USA exportiert, obwohl wir wußten, daß Sie uns gegenüber eine feindliche Politik haben. Sie wissen doch, wir können die Wüste nicht mit unserem Öl bewässern. Wir können es nicht trinken. Alles, was wir tun können, ist, es zu verkaufen.“

Al Hadithi wies darauf hin, wie die USA ihre Kontrolle über den Getreidemarkt und über Technologie als Knüppel benutzen, mit dem sie Freund und Feind auf den Kopf hauen: „Immer benutzen Sie Nahrungsmittel und Know-how als politische Waffen in der Dritten Welt“.

Regierungsnahe „außenpolitische Experten“ haben Bedingungen für ein Abkommen ins Spiel gebracht, bei dem sich Hussein aus Kuwait zurückzieht. Und Washington hätte eine Ausrede, um in der Region eine große „Friedenstruppe“ auf Dauer zu stationieren, von Anfang an eines seiner Ziele. Aber Bush scheint den Einsatz so sehr erhöht zu haben, daß er sich darauf festgelegt hat, Husseins Streitkräfte mit einem großangelegten Angriff der Bodentruppen zu vertreiben. Dies könnte für die USA in der Tat blutig werden.

Der irakische Informationsminister bemerkte, daß „wir wissen, ein Konflikt wie dieser wird am Boden entschieden“, trotz der US-Luftüberlegenheit:

„Wir sind die Verteidiger. Militärisch braucht ein Angreifer eine Überlegenheit von drei zu eins. Wir haben mehr als eine Million Mann unter Waffen. Ich glaube nicht, daß die gesamte US-Armee so groß ist.

Und hier sind wir bereit, Opfer zu bringen. Wissen Sie, daß wir während des Krieges mit Iran 53 000 Mann verloren haben, nur um eine kleine Stadt zurückzuerobern... Genau dreiundfünfzigtausend Mann haben Sie während des gesamten Vietnamkrieges verloren. Glauben Sie, daß Mr. Bush es sich leisten kann, 53 000 Mann zu verlieren, um irgendein Loch in der saudischen Wüste zu verteidigen?“

Mit ihrer kampfgestählten Ein-Millionen-Mann-Armee, manchen recht hoch entwickelten westlichen Waffensystemen (von Frankreich gekauft oder in Kuwait erobert) plus den überlegenen MiG-29-Kampfflugzeugen, dazu noch Panzerfallen, die gefüllt sind mit Napalmtonnen, und natürlich ihren chemischen Waffen sind Iraks Herrscher darauf eingerichtet, einen Bodenangriff für die imperialistischen Invasoren so verlustreich wie möglich zu machen.

Das Pentagon weiß dies alles, und deshalb sagen sie von Monat zu Monat, daß sie ein paar weitere Wochen brauchen, viel mehr Panzer, mehr Flugzeuge, mehr Schiffe, von allem mehr. Also begannen die Fetzen zu fliegen, als Generalleutnant Calvin A. H. Waller, der stellvertretende US-Befehlshaber am Golf, sagte, daß die US-Streitkräfte am 15. Januar nicht kampfbereit sein werden. Wenn es nach dem vom Vietnamtrauma gezeichneten Pentagon ginge, gäbe es ironischerweise vielleicht keinen Krieg, aber dank eines feigen Kongresses ist dem Kriegstreiber im Weißen Haus das Feld überlassen worden.

Nachdem sie die größte Armada seit dem Zweiten Weltkrieg zusammengezogen haben (mit *sechs* Flugzeugträgerkampfgruppen) und einer Truppenmassierung, wie sie erst mitten im zweiten imperialistischen Krieg erreicht wurde, können die Amerikaner militärisch „die Oberhand gewinnen“. Das Pentagon will all seine High-Tech-Waffen ausprobieren, von den Cruise Missiles und dem M1-Panzer bis zu den „Stealth“-Bombern, und selbst wenn die meisten von ihnen ihr Ziel verfehlen (so wie in Panama), mit einer solchen Konzentration an Feuerkraft werden sie schließlich etwas treffen. Die Iraker haben keine Nachschubquellen, so ist es nur eine Frage der Zeit, bis ihnen die Panzer ausgehen.

Aber die USA haben nicht unbegrenzt Zeit — sie müssen schnell damit fertig werden, wenn sie verhindern wollen, daß ihre internationale „Koalition“ auseinanderbricht, und um schwere Unruhen zu Hause zu vermeiden, wo Meinungsumfragen weiterhin zeigen, daß eine Mehrheit gegen eine Militäraktion am Golf ist. Vor allem wird die große Frage sein: Was hat Washington gewonnen, wenn es auf dem Schlachtfeld „gewinnt“? Zusätzlich zur Aussicht auf einen blutigen Vorstoß auf Bagdad, wenn sie nicht Hussein loswerden (auf die Art und Weise, wie Reagan versucht hat, Gaddafi mit dem Luftangriff auf Libyen zu ermorden), werden sie es geschafft haben, zig Millionen Menschen in der ganzen arabischen Welt gegen die imperialistischen Kreuzritter aufgebracht zu haben, die kaltblütig Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern niedermetzeln werden, nachdem sie zuerst versucht haben, sie auszuhungern. Die Wut könnte zum Sturz der prowestlichen Regime führen, die kaum Unterstützung haben bei ihrer Bevölkerung und die als Handlanger für Bush aufgetreten sind, auch in solchen Schlüsselstaaten wie Ägypten.

Von Beginn an haben die Spartacist League/U.S. und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) sich entschieden gegen die von den USA geführte Invasion des Persischen Golfs ausgesprochen. Wenn es nur um den blutigen starken Mann des Iraks und die autokratisch herrschende Familie von Kuwait ginge, hätte die Arbeiterklasse der Welt keine Seite. Wir

stehen auf der Seite der arabischen Massen und fordern: „Nieder mit den Scheichs, den Obristen, den zionistischen Schlächtern! Für Arbeiterrevolution im ganzen Nahen Osten!“ Während sich verschiedene Liberale und Reformisten Bushs Deckmantel der „Vereinten Nationen“ angeschlossen haben und UN-„Sanktionen“ unterstützen, die ein Embargo sind, ein Kriegsakt, der durchgesetzt wird von den Flotten von USA und NATO, haben wir gefordert: „Brecht die Blockade gegen den Irak!“ Während Bush versucht, die weltweite Hegemonie der USA militärisch durchzusetzen, diesmal mit der verräterischen Komplizenschaft und Unterstützung der Ausverkaufs-Kremlbürokratie, fordern die Spartakisten: „Verteidigt den Irak! Besiegt den US-Imperialismus!“

Das unmittelbare Ziel der USA ist Irak, aber letztlich ist ihr Ziel, ihre wirtschaftlich dynamischeren imperialistischen Erzrivalen Deutschland und Japan an die Kandare zu nehmen. (Kein Wunder, daß diese beiden „Verbündeten“ sich davor gedrückt haben, irgendwelche Truppen im Rahmen der „internationalen“ Koalitionsstreitmacht nach Saudi-Arabien zu verlegen, und nur ein paar Pfennig und Yen in den amerikanischen Spendenpotf geworfen haben.)

Der Niedergang des US-Imperiums

Geschichte wiederholt sich also heute, mit Variationen. Die USA sind nicht länger unbestrittener Herr der kapitalistischen Welt, und seine im Zweiten Weltkrieg bezwungenen Feinde sind jetzt tatsächlich mit einem moderneren und produktiveren Wirtschaftsmotor hochgekommen. Die Rivalitäten brechen bereits aus, so bei den GATT-Verhandlungen in Brüssel, die Anfang Dezember zusammengebrochen sind. Der große Vorteil der USA ist es, daß sie immer noch eine Kriegsmaschine aufrechterhalten, die sie im Kalten Krieg aufgebaut haben und die gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Jetzt, wo diese zu zerfallen scheint, hat sich Bush entschlossen, diese imperialistische Gelegenheit beim Schopf zu packen: ehe seine Kriegsmaschine wegen der ausgehöhlten amerikanischen Wirtschaft zusammenbricht, setzt er sie in Richtung Naher Osten in Marsch, um das Öl der Welt zu erobern und durch Erpressung seine Mächtigen-Kreditherren wieder zurück zur Unterwerfung zu zwingen, mit der Drohung, ihnen den Ölhahn zuzudrehen.

Heute lassen Deutschland und Japan ihre zunehmenden imperialistischen Muskeln spielen. Trotz der Versuche von Bush/Baker, ihnen Zahlungen für den Militäraufmarsch am Golf abzupressen, hat keiner von beiden mehr aufgebracht als eine mickerige Milliarde Dollar oder so. Beide Regierungen jedoch haben großes Interesse daran gezeigt, die „Friedens“regelungen ihrer von den USA diktierten Verfassungen aufzuheben, die Militäreinsätze im Ausland verbieten. (In Japan ist dies auf eine weitverbreitete pazifistische Stimmung in der Bevölkerung gestoßen.) Als die USA verlangten, daß Tokio mehr rausrückt, kürzte das japanische Parlament statt dessen seinen Kriegs- („Selbstverteidigungs“-) Haushalt.

In Europa ist Kohls Viertes Reich, nachdem es den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR in ein imperialistisches Großdeutschland einverleibt hat, nicht mehr der „wirtschaftliche Riese und politische Zwerg“, wie es der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt genannt hat, sondern der sprichwörtliche 400 kg schwere Gorilla, der sich hinsetzen kann, wo immer er will. Nach dem Zusammenbruch von Hitlers Reich 1945 forderte der Schriftsteller Thomas Mann „ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa“. Was wir jetzt haben, ist in der Tat ein von Deutschland dominiertes Europa, wo die Währungen Jugoslawiens,

Dänemarks, Österreichs und der Benelux-Länder formell an die D-Mark gekoppelt sind, die auch die gemeinsame Währung für den Handel mit Osteuropa ist, und wo Bonn in der EG das letzte Wort hat.

Zum Beispiel veranlaßte das neue deutsche Europa den Fall der Eisernen Lady, aus Ärger über die britische Opposition zur deutschen Wiedervereinigung, die durch die „Ridley-Affäre“ verkörpert wurde, als einer von Margaret Thatchers Ministern Kohl mit Hitler verglich. Es ist auch bemerkenswert, daß die Krise am Persischen Golf die erste internationale Krise seit dem Zweiten Weltkrieg ist, wo es auf den Geldmärkten keine Flucht in den Dollar gegeben hat. Statt dessen sind die deutsche Mark und der japanische Yen die Fluchtwährungen geworden. Bezeichnenderweise stehen die belgischen, britischen, dänischen, holländischen, französischen, italienischen und spanischen Schiffe im Golf unter dem Kommando der „Westeuropäischen Union“, einem obskuren Komitee in London, das noch nicht einmal sichere Telefonverbindungen mit dem Kontinent hat, das aber wiederbelebt wurde, damit die europäischen Streitkräfte nicht unter amerikanische (NATO-) Kontrolle geraten. Die Welt wird neu aufgeteilt in ein Pazifikgebiet, das vom japanischen Yen dominiert wird, ein Europa, das von der deutschen Mark dominiert wird, und in die westliche Hemisphäre, die vom US-Dollar kontrolliert wird. Daher die Kampagne von Bush, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada auf Mexiko auszuweiten und dann auf den Rest Lateinamerikas. Aber gleichzeitig will Washington seinen aufmüpfigen imperialistischen Verbündeten klarmachen, daß dies jetzt die „Welt einer Supermacht“ ist.

Das Öl und das Imperium

Im zwanzigsten Jahrhundert ist es das Öl, was ein Imperium in Gang hält – die Panzer können ohne es nicht fahren, von den Flugzeugen und der Industrie ganz zu schweigen. Dies gilt heute um so mehr, wo die Armeen vollständig mechanisiert sind: die Nazi-Armee, die 1941 in Rußland einfiel, war noch von 650 000 Pferden abhängig, mehr als die Zahl der motorisierten Fahrzeuge, die sie zur Verfügung hatte, aber die Panzerkorps brachten die Entscheidung, und sie verbrauchten ungeheure Mengen Treibstoff.

Hitler sagte, daß er *Lebensraum* wolle, als er im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, aber eigentlich wollte er unbedingt russisches Öl für seine Panzer kriegen. Hans Kolbe, ein Beamter im deutschen Außenministerium, der während des Krieges für die USA spionierte, erklärte in einer Befragung nach dem Krieg: „Das deutsche Bedürfnis, das sowjetische Öl zu bekommen, wurde als Hauptgrund für den Angriff angesehen... Weil die sowjetischen Lieferungen ungenügend waren, um Deutschlands Bedarf dabei zu decken, den Krieg [im Westen] zu einem Abschluß zu bringen, schien der einzige Ausweg zu sein, daß die Deutschen die Ölvorräte in der Sowjetunion erobern und ausbeuten“ (siehe Robert Goralski und Russell Freiburg, *Oil & War: How the Deadly Struggle for Fuel in WWII Meant Victory or Defeat* [Öl & Krieg: Wie der tödliche Kampf um den Treibstoff im Zweiten Weltkrieg Sieg oder Niederlage bedeutete, 1987]).

Japans Imperium der aufsteigenden Sonne war noch mehr hinter dem Öl her, da es alles importieren mußte – 1937 z. B. kriegte Japan 80 Prozent seines Öls aus Kalifornien. Deshalb schickte Japan im Juni 1941 seine Armee und Marine nach Südostasien, um sich das Öl unter den Nagel zu reißen. Nach der japanischen Invasion in Indochina verhängte der US-Präsident Roosevelt

Fortgesetzt auf Seite 18

Irak...

Fortsetzung von Seite 17

eine Sperre über die japanischen Vermögenswerte in den USA, was de facto zu einem Embargo der Ölimporte nach Japan führte. Ob Roosevelt nun wußte, daß Pearl Harbor das Ziel des japanischen Angriffs sein würde, oder nicht, es war klar, daß er aufgrund seines Ölembargos einen Krieg mit den Japanern erwartete.

Ebenso war die Kontrolle über die Ölversorgung eine wichtige Frage beim ersten imperialistischen Weltkrieg. Dem Konflikt ging ein Kampf über die Neuverteilung der Ölreserven der Welt voraus zwischen den amerikanischen Rockefeller (Standard Oil) zusammen mit dem Rothschild-Nobel-Trust, der die russischen Ölfelder von Baku kontrollierte, und den Deutschen, die die rumänischen Felder kontrollierten. Beim Ausbruch des Krieges rückten die Briten vor, um die Ölfelder des Persischen Golfs um Basra herum zu erobern. Vier Jahre später rückten sie auf Mosul vor im nördlichen Mesopotamien, um sich die dortigen Ölreserven zu schnappen. Im Anschluß daran zog das Außenministerium in London die künstlichen Grenzen zwischen Saudi-Arabien, der von den Briten installierten Monarchie im Irak und seinem Protektorat Kuwait, um seine Vorherrschaft über diese Gegend sicherzustellen.

Wie Lenin 1916 in seiner *Imperialismus*-Schrift bemerkte: „Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien.“ Dies gilt heute mehr denn je, auch wenn die Kolonien vielleicht als Neokolonien und Ölscheichtümer maskiert sind.

Für Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg!

Bei der ganzen Golfkrise ist eine der Hauptsorgen des Weißen Hauses und des Pentagon die „Heimatfront“ gewesen. Nach einer anfänglichen Welle der Begeisterung über Bushs „knallhartes“ Auftreten, als er sofort die 82nd Airborne (eine Fallschirmjäger-Elite-Einheit) loschickte, dämmert es nun der amerikanischen Bevölkerung, daß „ihr“ Präsident tatsächlich einen Krieg anzetteln will. Und sie sind nicht gerade verrückt darauf. Eine Meinungsumfrage nach der anderen zeigt, daß drei Fünftel bis zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Angriff auf den Irak sind. Der katholische Papst bejammerte den

kommenden Krieg, und der protestantische Nationale Rat der Kirchen hat zu einem Bet- und Fastentag gegen den Krieg aufgerufen. Doch George Bush handelt nach der Devise, daß es völlig egal ist, was die Bevölkerung denkt, wenn man die Staatsmacht hat. Oder wie ein Filmemacher aus Hollywood bemerkte, kann man die ganze Zeit über alle Menschen betrügen, „wenn das Budget groß genug ist und die Werbekampagne stimmt“.

Eine Umfrage der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Januar zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung Militärausgaben an die letzte Stelle ihrer sozialen Prioritätenliste setzt und dagegen ist, daß Deutschland eine „Weltmachtrolle“ spielt. Aber die deutsche Bourgeoisie macht mobil. Sie ist dagegen, daß sich ihre bankrotte imperialistische Konkurrenz auf der anderen Seite des Atlantiks ein Monopol über die Ölvorräte der Welt verschafft. Deshalb ist ihre Begeisterung, den US-Kriegskurs im Golf direkt zu finanzieren, noch weniger als lauwarm. Aber sie sind entschlossen, die US/NATO-Kriegsmobilisierung dazu auszunutzen, ihre eigene Rolle als eine militärische „Weltmacht“ entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke auszubauen.

Sie haben die Bundesmarine ins Mittelmeer geschickt, damit amerikanische Schiffe für den Golf frei werden. 18 Alpha-Jets werden als Teil der europäischen Mobilen Eingreiftruppe der NATO in die Türkei verlegt, um dort Flagge zu zeigen und um der Özal-Diktatur den Rücken zu stärken, der die Bundeswehr ursprünglich zur Macht verholfen hat. Die Türkei ist nicht nur die NATO-Frontlinie im Nahen Osten, sondern auch das Aufmarschgebiet des deutschen Imperialismus in dieser Region. Wir sagen, Bundeswehr raus aus dem Mittelmeer und der Türkei! Keinen Pfennig, keinen Mann, keine Frau für die Bundeswehr!

Die herrschende Oligarchie des amerikanischen Kapitalismus, die Republikanten oder was der amerikanische Schriftsteller Gore Vidal die Partei des Eigentums genannt hat, würde schrecklich gern die allgemeine Opposition gegen ein weiteres schmutziges (und verlorengelohendes) imperialistisches Militärabenteuer überwinden. Von den bürgerlichen Politikern wird keine wirkliche Opposition zum Golfkrieg kommen: sie haben höchstens taktische Differenzen darüber, was sie sich alles erlauben können. Aber bei den Werktätigen, den Armen und besonders der schwarzen und der hispanischen Minderheit, die unter den Soldaten überproportional vertreten sind (darunter viele Frauen), die in Bushs Krieg sterben werden, ist das „Vietnamsyndrom“ sehr lebendig. Bei den Truppen haben viele den Reportern zugerufen: „Dies ist nicht unser Krieg.“ Was gebraucht wird, ist eine klassenkämpferische Führung, die unabhängig ist von den beiden Parteien des US-Imperialismus und gegen beide kämpft, um diese Opposition auf die Straße zu bringen, und die zu politischen Streiks gegen den Krieg aufruft.

Vom Nahen Osten über Europa bis zu den Vereinigten Staaten: der Schlüssel ist der Aufbau einer revolutionären internationalistischen Arbeiterpartei, die gegen das imperialistische System von Krieg und brutaler Ausbeutung kämpft. Wie Lenin zum vierten Jahrestag der russischen Oktoberrevolution geschrieben hat: „... immer unabwiesbarer erhebt vor Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken, die harte Wahrheit: Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt... nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.“

Nach Workers Vanguard Nr. 517, 4. Januar

Spartakist-Veranstaltungen

Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!

Berlin, 22. Januar, 19.30 Uhr

Linkstreiff, Weddingstraße 6

1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

Telefon (0 30) 4 92 78 66

Hamburg, 27. Januar, 16.00 Uhr

Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31

2000 Hamburg 36 (U-Bahnhof Feldstraße)

Telefon (0 40) 32 36 44

Halle, 2. Februar, 16.00 Uhr

Comcenter, Raum 30, Leninallee 70

4020 Halle

Telefon (Halle) 2 90 55

Irak und die Linke...

Fortsetzung von Seite 6

der Illusion eines friedlichen „Ultraimperialismus“ begründete, so erklärte ein offiziöser Kommentar in *Neues Deutschland* (21. September 1990), daß „eine Supermacht nicht aus ihrer Superverantwortung entlassen werden“ darf, die irakische Annexion Kuwaits zu bestrafen. Heute fordern Gysi & Co. zwar „Nein zum Krieg!“, aber verknüpft mit „Ja zum Embargo“ – der direkten Vorstufe des militärischen Angriffs der Imperialisten. Schon beim Ausverkauf des deformierten Arbeiterstaats DDR an die Imperialisten hat die PDS gezeigt, daß Lenins Bezeichnung „Sozialimperialisten“ vortrefflich auf sie paßt. Der Golfkrieg beweist dies ein weiteres Mal.

Eine Reihe von linken Organisationen hat in letzter Zeit allerlei Spenzenchen veranstaltet, um eine großangelegte „Antikriegs-“ bzw. „Friedens“bewegung auf die Beine zu stellen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Volksfront, um die Interessen des großdeutschen Imperialismus „friedlich“ zu verteidigen. In Berlin rufen AL, PDS, Autonome und andere zu einer Demonstration am 12. Januar auf. Mit ihrer Parole gegen die „UNO-Hungerblockade“ wollen sie in der Tat die UNO-Waffenblockade gutheißen.

Als linke Flankendeckung dieser Antikriegsvolksfront zimmerte ein „Komitee gegen einen imperialistischen Krieg am Golf“ einen Propagandablock zusammen. Initiiert wurde es von vorgeblich trotzkistischen Gruppen, von der Kommunistischen Plattform in der PDS und anderen heimatlosen Linken im großdeutschen Reich. Um eine „breite Mobilisierung nicht zu gefährden“, verzichteten sie sogar auf ihre heruntergekochte Losung „Weg mit der Blockade“ (die im Gegensatz zu unserer Losung „Brecht die Blockade“ bewußt als Bittruf an die Imperialisten gerichtet wurde, die Blockade aufzugeben). Zwischen „Komitee“ und den Organisatoren der Berliner Demo lautet der gemeinsame Nenner, „keine deutsche Beteiligung“. Im Klartext: kein *deutsches* Blut für US-Öl-Interessen.

Im undurchsichtigen Gerangel zwischen den verschiedenen kurzlebigen Gebilden hat sich die sogenannte Gruppe Spartakus lächerlich gemacht, als sie zuerst diesen faulen Propagandablock initiierte, dann aber aussteigen mußte, als es sich als Durchgangszimmer zur Antikriegsvolksfront herausstellte. Diese Pseudo-Spartakisten, die sich international als „Bolschewistische Tendenz“ ausgeben, sind Anfang der 80er Jahre aus unseren Reihen geflüchtet, weil sie es nicht vertragen konnten, die Sowjetunion im neuen Kalten Krieg zu verteidigen (z. B. über Afghanistan und Polen). Der Modus operandi der BTler ist es, Spartakist-Lösungen zu kopieren und als eigene auszugeben, um dann alle eckigen Kanten abzurunden,

um im Volksfrontumkreis „salonfähig“ zu werden.

Dabei haben sie wiederholt Pech gehabt. So bei der Geschichte mit der Blockade-Lösung, wobei die BTler in einer „Initiative gegen einen imperialistischen Krieg am Golf“ am Anfang „Brecht die Blockade“ forderten, dann aber bei der ersten Zusammenkunft der Initiative „Weg mit der Blockade“ akzeptierten, der „Einheit“ willen. Nach der zweiten Sitzung ist die Initiative, umbenannt in Komitee, zusammengebrochen. Jetzt wimmert die BT/Spartakus Gruppe beleidigt, daß „die Mehrzahl der Komiteemitglieder“ (auch die kleineren Grüppchen wie Arbeitermacht und GRS) „ohne Erklärung von den Komiteesitzungen fernblieben“.

Wir hätten es ihnen vorhergesagen können und haben tatsächlich bei der ersten „Initiative/Komitee-Sitzung“ davor gewarnt, daß es sich dort nicht um eine Einheitsfrontaktion, sondern um einen Propagandablock handelt. Es war vorzusehen, daß ihre gewünschten Blockpartner wie KPD und andere lieber im Fahrwasser der PDS und AL/Grünen untertauchen möchten, als sich mit „roter“ Schminke aufzuputzen. Und wenn man kommunistische Politik will, dann bitte echte Spartakisten, keinen verwässerten Ersatzkaffee.

Der Kreml hat einen „Freundschaftsvertrag“ mit Hussein abgeschlossen, dem Schlächter von Tausenden von Arbeiteraktivisten, Kommunisten und Kurden, als der Irak aber wirklich durch den Imperialismus bedroht wurde, unterstützte er die UN-Blockade. Am 9. August 1990 hat die IKL einen Brief an die sowjetischen Botschaften in Washington und Paris geschickt, in dem gefordert wurde, „daß die Sowjetunion ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt und ihren früheren Verbündeten in Bagdad die Waffen schickt, die sie brauchen, um Washingtons Griff nach dem Öl abzuwehren“. Dieser Brief wurde die Zielscheibe von Hohn und Spott seitens der Mini-Gorbatschows von der PDS bis zu antisowjetischen Grüppchen wie den zweifelhaften BT und BSA. Das „Internationale Komitee“ des BSA hat natürlich seinen eigenen „Freundschaftsvertrag“ mit Hussein und anderen arabischen Diktatoren gehabt: sie haben deren Blutgeld genommen und dafür die baathistische Ermordung von Kommunisten bejubelt und sich Entschuldigungen für deren Massenmord an Kurden einfallen lassen, solange das Geld noch floß.

Wir Trotzlisten sagen unverblümt, daß imperialistische Kriege nicht durch kleinbürgerliche „Antikriegs“bewegungen zu verhindern sind, sondern nur durch die revolutionäre Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse, um die Staatsmacht zu erobern, wie die Bolschewiki das getan haben. Verteidigt Irak gegen imperialistische Aggression im Persischen Golf! USA/NATO/Bundeswehr raus aus dem Nahen Osten! Für Arbeiterkampf gegen das Vierte Reich des großdeutschen Imperialismus! ■

Care-Pakete...

Fortsetzung von Seite 15

gabe auf sich nehmen mußte, den Kapitalismus zu stürzen.“ (*Werke*, Bd. 32)

Aufgrund der Initiative der Komintern wurde am 12. September 1921 die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) gegründet, um die Hungerhilfe zu organisieren. Ende Januar 1922 hatten Arbeiter der Kommunistischen Parteien insgesamt 200 Millionen Mark gesammelt, hauptsächlich in Deutschland, der Schweiz und Holland, und 70 000 hungernde Russen waren von Stationen der IAH versorgt worden. Später haben Brigaden der IAH aus ausländischen Arbeitern, die ihre eigenen Maschinen

mitgebracht hatten, Traktorstationen aufgebaut und große landwirtschaftliche Betriebe versorgt.

Heute sind die sozialen Errungenschaften des Oktober tödlich bedroht. Während die bürokratische Planwirtschaft zusammenbricht und kapitalistische Ausbeutung und Spekulantentum wiederkehren, bangen die sowjetischen Arbeiter um ihr Brot. Um ihre Versorgung mit Lebensmitteln und eine zentralisierte Planwirtschaft unter Arbeiterrätedemokratie zu sichern, braucht man eine proletarisch-politische Revolution. Für eine antistalinistische leninistische trotzkistische Partei, die die Arbeiterklasse wieder an die politische Macht bringt und die Sowjetunion wieder zu einem Leuchtturm der Weltrevolution macht! ■

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 14

ausgebeutet sehen wollen. Tatsächlich haben viele Soldaten und Milizsoldaten unser russischsprachiges Bulletin gekauft, als sie den Artikel sahen: „In Verteidigung von Marschall Tuchatschewski“, dem Chef der Roten Armee, der bei den Stalinschen Säuberungen Ende der 30er Jahre zusammen mit praktisch dem gesamten Generalstab verleumdet und ermordet worden war.

Aber die Verteidigung und die sozialistische Erneuerung der UdSSR kann nicht einfach auf der Grundlage von sowjetischem Patriotismus erreicht werden. Außerdem hat dieser im Mund der Stalinisten immer wieder einen Beigeschmack von großrussischem Chauvinismus erhalten und als dessen Deckmantel gedient. Es ist notwendig, wieder den proletarischen Internationalismus wach werden zu lassen, der die bolschewistische Revolution und Trotzki's Rote Armee beflügelt hat. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Hauptkraft werden gegen die kapitalistische Konterrevolution, die die Werktätigen mit Massenarbeitslosigkeit, hoher Inflation und dem Absinken in nationalistisches Gemetzel überziehen würde.

Der jahrzehntelange Würgegriff der Bürokratie über die sowjetische Arbeiterklasse wird gerade aufgebrochen. Mit der Ausnahme einer Handvoll von betonharten Stalinisten waren die Demonstranten der Roten Reihen, sowohl in Leningrad als auch in Moskau, ziemlich abgeschlossen für die Anwesenheit und Teilnahme von Trotzkiisten, manchmal auch interessiert. Man spürte und bemerkte die Intervention der IKL. Eine größere Leningrader Tageszeitung, *Wetscherni Leningrad* (9. November 1990), berichtete: „Bei der Alexandrowski-Säule wurde das rote Banner der Liga der 4. Internationalisten (Trotzkisten) entfaltet. Es gab einen lebhaften Handel mit trotzkistischer Literatur, die im Ausland herausgegeben wird.“ Zusätzlich zum Verkauf des *Spartacist Bulletin* wurden mehrere tausend Kopien verteilt vom russischsprachigen Sonderdruck: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan!“ (*Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990).

Nachdem die Genossen in Leningrad ihre Literatur ausverkauft hatten, machten sie eine improvisierte Kundgebung vor der Alexandrowski-Säule in der Mitte des Schloßplatzes. Mehrere hundert Menschen hörten trotzkistische Reden, in denen die Arbeiter aufgerufen wurden,

die politische Macht auf dem Programm des revolutionären Internationalismus zurückzuerobern. *Wetscherni Leningrad* zitierte aus einem Interview mit einem Sprecher der IKL, der die Rückkehr zur „ursprünglichen leninistischen und trotzkistischen Theorie“ forderte, und „vor allem, nicht vor der Restauration des Kapitalismus zu kapitulieren“. Eine Frau, die das Zeichen der Vierten Internationalisten auf unserem Banner sah, rief mit Tränen in den Augen: „Es ist so wunderbar, euch wiederzusehen.“ Eine andere kam zu unserem Büchertisch und machte bei der Kundgebung mit; sie bat darum, daß das Plakat, das sie trug, neben die IKL-Losungen kommt. Darauf stand: „Stoppt die kapitalistische Restauration! Sie versuchen, unsere Heimat zu einer Kolonie zu machen!“

Allerdings versuchen sie das. Die Herren von Wall Street, Frankfurt und Tokio haben nicht nur das Ziel, die produktiven Ressourcen der Sowjetunion aufzukaufen, sondern auch, die Sowjetunion zu zerstückeln und die Überreste in Halbkolonien zu verwandeln. Gorbatschow hat seine Absicht klargemacht, die kollektivierten Fabriken, Bergwerke und anderen Ressourcen, die jahrzehntelang mit dem Blut und Schweiß der sowjetischen Arbeiter geschaffen worden sind, an die westlichen und japanischen Kapitalisten zu verschleudern. Berichten zufolge plant eine Gruppe von westlichen Industriellen das ehrgeizige Projekt, eine Superautobahn von Odessa nach Leningrad zu bauen, über Kiew und Moskau; dabei haben sie vor, die aus Osteuropa zurückkehrenden Soldaten als billige Arbeitskräfte zu benutzen.

Inzwischen nehmen die durch Perestroika entfesselten Kräfte der Rückständigkeit und des Obskurantismus immer groteskere Ausmaße an. Prozaristische Reaktionäre und die russisch-orthodoxe Kirche planen jetzt, eine Gedenkkathedrale in Swerdlowsk zu erbauen, an der Stelle, wo Zar Nikolaus II. und seine Familie von den Bolschewiki hingerichtet wurden.

Keht zurück zum Weg Lenins und Trotzki's!

Nur der vereinte Kampf der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse kann die Kräfte der blutigen kapitalistischen Konterrevolution besiegen. Teile der sowjetischen Arbeiterklasse, besonders die Bergarbeiter, sind bei der Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen gegen die verheerenden Folgen von Perestroika kämpferisch gewesen. Politisch jedoch bleiben die sowjetischen Arbeiter unter dem Einfluß der verschiedenen konkurrierenden Fraktionen innerhalb der kleinbürgerlichen Bürokratie und Intelligenz.

Im letzten Oktober trafen sich 900 Delegierte aus den Bergwerken der ganzen Sowjetunion im Donbass-Gebiet in der östlichen Ukraine, um die Bildung einer unabhängigen, UdSSR-weiten Gewerkschaft zu diskutieren. Der Ton der Konferenz war zwar kämpferisch, doch es gab dort weder eine Führung noch ein Programm, diesen Kampfwillen gegen diejenigen zu mobilisieren, die ihre neuen kapitalistischen Herren werden möchten. Manche Delegierten neigten zum Syndikalismus, viele sahen eine Marktwirtschaft als unvermeidlich an und stellten nur noch die Frage, wie man gegen deren Auswüchse kämpft. Inzwischen bearbeitete ein harter Kern von antikommunistischen Kalten Kriegern – darunter Vertreter vom Freiheitshaus, dem russischen faschistischen NTS, und aus Britannien von der streikbrecherischen Union of Democratic Miners (UDM) sowie der extrem antikommunistischen Elektriker-Gewerkschaft – mit aller Macht die Menschen auf den Korridoren, mit dem Ziel, eine konterrevolutionäre „Gewerkschaft“ nach Art von Solidarność zu fördern. Diese CIA-Typen konzentrierten sich besonders darauf, die sowjetischen Bergarbeiter für

бюллетень
Спартаковцев №1

Пишите нам
для получения
дальнейшей
информации
и оформления
соответственной
оплаты в рублях:


56 страниц

Цена: 50 копеек
или эквивалент
в другой валюте

56 Seiten

50 Kopeken
DM 2,-
oder jede beliebige
andere Währung

Vertrieben durch:
SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026



die üble Hexenjagd gegen den militanten britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill anzuwerben.

Bei der Konferenz intervenierten unsere Genossen durch Verkäufe und Diskussionen auf dem Korridor, um uns der Hexenjagd gegen Scargill entgegenzustellen, und wiesen auf den reaktionären Charakter hin, den der Angriff der Bürgerlichen/Streikbrecher auf Scargill hat. Der UDM-Vertreter durfte vom Podium aus an die sowjetischen Bergarbeiter appellieren, sie sollten verlangen, daß die Gelder, die sie für den heldenhaften britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 gespendet hatten, an die UDM übergeben werden. Daraufhin sprach ein Vertreter der IKL zu Mitgliedern des Konferenzpräsidiums und überreichte ihnen ein Exemplar des *Workers Vanguard* (Nr. 508, 10. August 1990) mit dem Artikel „Sinister Frame-Up of British Miners Leader – Scargill Witch-hunted“ [Übles Komplott gegen britischen Bergarbeiterführer – Hexenjagd auf Scargill]. Letzten Endes beschloß die Konferenz, sich nicht mit dem Appell der UDM zu befassen, bei der Denunzierung von Scargill mitzumachen.

Die Konferenzteilnehmer kauften 600 Bulletins, manche nahmen Stapel von zehn Stück mit zurück zu ihren Genossen in den entfernten Bergbaugebieten. In zahlreichen lebendigen Diskussionen betonten die Genossen der IKL nachdrücklich, daß die Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft *nicht* unvermeidlich ist. Mehr als 65 Jahre bürokratischer Herrschaft haben es geschafft, das kommunistische Bewußtsein des sowjetischen Proletariats auszuhöhlen und es unter einem Berg von Lügen zu begraben; am gefährlichsten davon ist jene allseitige Lüge, die „Sozialismus in einem Land“ heißt. Heute geht es in der UdSSR darum, die defensiven Kämpfe der Werktätigen auf die Bildung von Sowjets zu richten und das internationalistische Erbe des Oktober wiederherzustellen.

In den turbulenten Monaten zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917, als die von den Bolschewiki geführten Arbeiter mit der schwachen kapitalistischen Kerenski-Regierung um die Macht kämpften, versuchten die Kapitalisten die Arbeiter dadurch zur Unterwerfung zu zwingen, daß sie die Wirtschaft sabotierten. Als das

Land am Rande von Hungersnot und Anarchie stand, schrieb Lenin „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“. Darin stellte er ausdrücklich fest: „Denn einzig und allein, wenn das Proletariat, an seiner Spitze die Partei der Bolschewiki, die Macht erobert, könnte dem skandalösen Treiben der Kerenski & Co. ein Ende gesetzt und die Arbeit der demokratischen Organisationen für Ernährung, Versorgung usw., die von Kerenski und seiner Regierung *vereitelt* wird, *wieder in Gang gebracht werden*.“ Einen Monat später eroberten die von den Bolschewiki geführten Arbeiter die Macht und fegten die wankende alte Ordnung hinweg.

Heute stehen die Werktätigen wieder einmal vor Hungersnot und Anarchie. Das sowjetische Proletariat muß die politische Macht auf der Grundlage demokratisch gewählter Sowjets *wiedererlangen*, wenn es die Sowjetunion retten und die kapitalistische Konterrevolution verhindern will. Echte Sowjets haben weder etwas gemein mit den bürokratischen Hülsen unter Stalin noch mit der pseudoparlamentarischen Attrappe, die unter Gorbatschow errichtet wurde; sondern sie sind Instrumente der proletarischen Demokratie, wobei die Delegierten durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten – einfache Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten der Roten Armee und diejenigen Mitglieder der Intelligenz, die sich ihre korrupten Bedürfnisse abgewöhnen und die Sache der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen – direkt gewählt werden und abwählbar sind. Echte Sowjets werden nicht nach Belieben geschaffen und auch nicht auf bürokratischen Befehl hin; vielmehr entstehen sie durch die Massenkämpfe der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten können die Kräfte der Konterrevolution *besiegen* und die Macht in die eigenen Hände nehmen. Dafür ist es vor allem notwendig, eine neue Partei zu schmieden, nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki. Das IKL-Flugblatt, das in Leningrad verteilt wurde, umreißt das Programm für die trotzkistische Partei, die notwendig ist, um die politische Revolution der sowjetischen Arbeiter zu führen. ■

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 2

durch den Tod diejenigen zum Schweigen zu bringen, die gegen die rassistische, kapitalistische Unterdrückung kämpfen.

Der Fall von Jamal ist zu einem Kampfruf von Gegnern der Todesstrafe auf der ganzen Welt geworden. Dreißigtausend unterzeichneten bisher Unterschriftenlisten und geschriebene Briefe, um Jamals Leben zu retten, darunter Sozialisten, Bürgerrechtsaktivisten, Journalisten, Studenten, Gegner der Todesstrafe und Gewerkschafter, die Millionen von Arbeitern repräsentieren.

Letzten Sommer initiierte das Partisan Defense Committee (PDC) aus den USA eine internationale Kampagne von Demonstrationen. Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation für soziale und rechtliche Verteidigung in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S. In Europa, Australien und Kanada wurden die Proteste von den Schwesterorganisationen ausgerichtet, die von Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegründet wurden. Das Komitee für soziale Verteidigung (KfSV) initiierte Demonstrationen in Hamburg und Berlin, die unterstützt wurden von Überlebenden des Holocaust, von Immigrantengorga-

nisationen, von führenden Gewerkschaftern, darunter die Vorsitzenden der Mediengewerkschaften in Ost- und Westdeutschland, von linken Gruppen und von Mitgliedern der PDS. Agipa-Press in Bremen hat kontinuierlich Petitionen in Umlauf gebracht und daran gearbeitet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Fall Jamal zu lenken.

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben! Die Werktätigen sind die soziale Kraft mit genügend Macht, um diesen mutigen Mann zu retten und diese tödliche Mordmaschine aufzuhalten. Um an der internationalen Kampagne zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal teilzunehmen, wendet euch an das KfSV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11. ■

Spartakist-Treffpunkte

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65 U-Bahn Nauener Platz
Halle	Jeden Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Sonnabend, 19. Januar, 14.00 bis 18.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Torgelow	Dienstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110 Telefon: Torgelow 2663

Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 9

10 Prozent mehr im industriellen Süden der Ex-DDR. Alltagsszenen in Halle, Leipzig und anderen Industriestädten sind weinende Frauen in der Straßenbahn auf dem Weg zur Arbeit, denn sie wissen, es ist das letzte Mal. Die Restauration des Kapitalismus in der DDR bedeutet eine soziale Konterrevolution, in der werktätige Frauen aus der aktiven Beteiligung am wirtschaftlichen Leben gewaltsam verdrängt und zurück zu Heim und Herd getrieben werden.

„Schutz“gesetze (aus Kaisers Zeiten), die Frauen aus der Nachtschicht verbannen, traten am 1. Januar im Osten ebenfalls in Kraft. Jetzt werden Zehntausende von Frauen in der Industrie, d. h. ein Viertel der Nachtschicht, die Arbeit verlieren. Weiterhin sind in der Chemie 24 000 Frauen von Massenentlassungen und Betriebsschließungen bedroht. Die Kapitalisten zerstören absichtlich die ostdeutsche Textilindustrie, wo 93 000 Frauen beschäftigt worden sind.

Gesetze gegen die Diskriminierung verbieten sogar im kapitalistischen Moloch USA beim Einstellungsgespräch Fragen, die in die Privatsphäre des Familienstandes eindringen. Westdeutsche Bosse dagegen, die ja immer alles ausleuchten durften, waren da nie zimperlich. Und jetzt ist auch bei ihren ostdeutschen Kollegen der Groschen gefallen. Wie eine Mutter von zwei Kindern beim Vorstellungsgespräch zu hören bekam: „Ihre Qualifikation stimmt, Ihr Jahrgang stimmt, aber der kleine Sohn ist zehn Jahre zu jung“ (*Frankfurter Rundschau*, 12. Juni 1990).

Catch 22 für Frauen, sichere Profite für Medizinbosse

Ostdeutsche Frauen sind in einem Teufelskreis gefangen. Sie müssen mehr verdienen, um sich und ihre Familien zu unterhalten — aber sie verlieren ihren Job. Wenn sie einen haben, ist dieser Job bedroht, weil es für ihre Kinder kaum bezahlbare Kinderbetreuung gibt. Eine Frau kann sogar ihr Arbeitslosengeld verlieren, wenn sie nicht beweisen kann, daß ihre Kinder tagsüber untergebracht sind! Und viele erfüllen überhaupt nicht die Bedingungen fürs Arbeitslosengeld. Eine Mutter von sechs Kindern z. B., die in der DDR durch Babyjahre unterstützt wurde und jetzt eigentlich arbeiten gehen müßte, um ihre Kinder mitzuernähren, kriegt noch nicht einmal Arbeitslosengeld — sie hat in den letzten fünf Jahren nicht lange genug „gearbeitet“!

Betriebskindergärten und -krippen sind jetzt „freiwillig“. Obwohl sie immer noch subventioniert werden, werden diese Einrichtungen massenweise geschlossen; „nicht produktive“ Betriebsgelände — u. a. der Platz für die Kinderspielfläche! — werden an westliche Industrielle verkauft. Angesichts wachsender Proteste betreiben kommunale Regierungen ein Verwirrspiel und behaupten, sie werden einige Kinderbetreuungseinrichtungen übernehmen. Doch Bonn hat schon beschlossen, 1991 35 Milliarden D-Mark für soziale Einrichtungen im Osten einzusparen. Allein im letzten Juli stieg der Preis für einen Platz in einer Kindertagesstätte um das Fünffache.

Je lauter die Klerikalreaktionäre über den „Schutz der Ungeborenen“ schreiben, desto weniger Schutz gibt es für Kinder nach der Geburt. So überholt die Polikliniken in der DDR auch waren: dieses vergesellschaftete Gesundheitssystem bot eine umfassende, kostenlose medizinische Versorgung, und es war weltbekannt in den Bereichen der Geburtshilfe und der Kindermedizin. Jetzt wird auch dies durch die Massenentlassungen und den Finan-

zierungskahlschlag zerstört. Jetzt soll Westdeutschlands „kosteneffektives“ System von staatlich versicherter Förderbandmedizin im Osten Einzug halten.

Verbunden mit diesem massiven Verlust an Gesundheitsleistungen verlieren Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln. Obwohl diese in der DDR nicht allgemein zu haben waren, wurde die Pille kostenlos verteilt. Sie soll nun, wie im Westen, für 40–80 D-Mark verkauft, d. h. unbezahlbar werden.

Während die letzten Subventionen für ostdeutsche Werktätige „auslaufen“, handeln die Kapitalisten mit ihrem „geschäftsführenden Ausschuß“ in Bonn noch fettere Subventionen für sich aus. Medizin der „Marktwirtschaft“: Die BRD-Pharmahersteller verweigern die Lieferung lebensnotwendiger Medikamente und nehmen u. a. Herzranke, Diabetiker, Asthmatiker, Magenranke so lange als Geisel, bis ihre phantastischen Profite sicher sind. Ab dem 1. April gelten östlich der Elbe statt des 55prozentigen Abschlags für Medikamente dieselben Preise wie im Westen — aber die Löhne betragen noch nicht einmal die Hälfte.

Im Dritten Reich wurden Behinderte, chronisch Kranke, pflegebedürftige Alte als „lebensunwertes Leben“ einfach vernichtet. In der „Leistungsgesellschaft“ des Vierten Reichs deklarieren die arroganten, bürokratischen Krankenkassen die Pflege dieser Menschen zur „Frauenarbeit“ — nicht versichert, als Beruf unterbezahlt, oder überhaupt unbezahlt, möglichst demütigend. Da Frauen länger als Männer leben, bilden sie auch die Mehrheit der Pflegebedürftigen. Frauen in der Ex-DDR, die ihre Berufstätigkeit unterbrachen, um Kind, Ehepartner oder Elternteil zu pflegen, wurden dafür bezahlt; Arbeitsplatz und Rentenbeiträge blieben erhalten. In der BRD dagegen, wo die Familie die ganze Last der Pflegearbeit tragen muß, verliert die Frau Arbeit und Rentenbeiträge; bezahlt wird sie nicht. Die Zukunft, die vor ihr liegt: ihre Familie geht pleite, sie wird in bitterer Armut alt und ist auf degradierende Sozialhilfe angewiesen.

Deutsche Arbeiterbewegung muß Frauenrechte verteidigen!

Werktätige deutsche Frauen und Männer sind gegenüber dem Vormarsch des kapitalistischen Elends ohne Führung geblieben. Proteste gegen die Auswirkungen vom Anschluß wurden von den Irreführern in der Arbeiterbewegung konsequent *demobilisiert* — von den streikbrecherischen SPD-Führungen, die als Polizei in den Gewerkschaften fungieren, bis hin zu der schnell sich selbst zerstörenden SED/PDS. Aber die gegenwärtige Gärung über das Recht auf kostenlose, legale Abtreibung und qualifizierte medizinische Versorgung für alle könnte helfen, die Arbeiter von Ost- und Westdeutschland zu stählen für einen politischen Kampf gegen den „wiedervereinigten“ kapitalistischen Ansturm. Um diese Kämpfe zu führen, ist es notwendig, eine revolutionäre, internationalistische Arbeiterpartei aufzubauen wie die Bolschewiki Lenins und Trotzki. Heute wollen wir von der Spartakist-Arbeiterpartei eine solche Partei aufbauen.

Die verzweifelte Lage von ostdeutschen Frauen zeigt auf krasse Weise, daß die Verteidigung der Rechte der Frau ein Teil des Kampfes gegen das unterdrückerische kapitalistische System ist. Denn in diesem System ist die Familie, in den leicht abgewandelten Worten der Stalinisten, „die Kampfeinheit des Kapitalismus“. Nur eine sozialistische Revolution kann die Befreiung der Frau von Plackerei und Unterdrückung erreichen — dadurch, daß die materielle Basis für wirkliche soziale Gleichheit gelegt wird. Vor uns liegt harter Klassenkampf!

Nach Women and Revolution Nr. 38, Winter 1990/91

Handelsblatt macht Hexenjagd auf Hausbesetzer

BSA jagt mit

Das bürgerliche *Handelsblatt* brachte einen Hetzartikel (24./25. November 1990), mit dem Vorwurf von Gewalttätigkeit, unter der Überschrift: „Auch nach dem Ende des SED-Staates propagieren Linke die Weltrevolution“. Die Botschaft, daß es um antikommunistische Hexenjagd geht, wird in der Kopfzeile klargemacht: „Splitterparteien/Schlüsselfrage ist die Haltung zu Gewalt und Illegalität“, und in einer hervorstechenden Bildunterschrift: „Die gewalttätigen Hausbesetzer finden Unterstützung bei linken Splittergruppen“. Der Artikel pickt sich den Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) heraus und behauptet, daß dessen „Solidarität“ mit den Hausbesetzern der Mainzer Straße „Gewalttätern eine ideologische Plattform“ bot, und weiter, daß der BSA „kaum kassierte Gewaltpropaganda betreiben kann“.

Das ist natürlich Quatsch. Vor der Bundestagswahl warnten wir, daß der BSA der Schwanz des Trojanischen Pferdes der kapitalistischen Wiedervereinigung, der SPD, ist (siehe „BSA im Lager der SPD-Bluthunde“, *Spartakist* Nr. 79, 6. November 1990). Diese politischen Banditen geben sich in betrügerischer Weise als Trotzlisten aus. Gerade als die Sozialdemokraten die Konterrevolution anführten, versuchte der BSA den Namen des Trotzismus zu beschmutzen, indem er im Mai dazu aufrief, SPD zu wählen. Und als ob sie beweisen wollten, daß dieses Verbrechen keine Abweichung war, unterstützte der BSA bei der Bundestagswahl wiederum die Hexenjäger und Rassisten von der Sozialdemokratie!

Jetzt, wo das *Handelsblatt* eine Warnung herausgegeben hat, wo die Grenzen einer „anderen Meinung“ im imperialistischen Großdeutschland liegen, besteht die kriecherische Antwort des BSA in seiner „Gegendarstellung“ (abgedruckt im *Handelsblatt* vom 10. Dezember 1990) aus einem Aufheulen, daß nicht sie es waren, daß sie gar nicht da waren, daß sie damit nichts zu tun haben: „Richtig ist, daß keine Mitglieder des Bundes Sozialistischer Arbeiter (BSA) besetzte Häuser der Mainzer

Straße betreten haben und sich mit dem ‚Kampf der Unterdrückten gegen den Ausbeuterstaat‘ solidarisierten“. Das ist wahr!

Auf jeden Fall waren sie bei den beiden Massendemonstrationen gegen den Polizeiberfall nicht zu sehen. Statt dessen war der BSA damit beschäftigt, die Partei von Lafontaine/Pätzold zu unterstützen, deren „Wahlkampf“ in der „Hauptstadt“ darin bestand, die Hexenjagd gegen die PDS und den Blitzkrieg gegen die Bewohner der Mainzer Straße zu führen. Daher ist es keine Überraschung, daß er in einer „Erklärung des Politischen Komitees des BSA vom 4. 12. 1990“ noch weiter geht und die Sprachregelung des *Handelsblatts*, die Sprache der Hexenjagd und der Verleumdung wegen Gewalttätigkeit, gegen die Hausbesetzer übernimmt und behauptet, es handle sich um die „oft von Polizeiprovokateuren inspirierten – Kampfmethoden der Autonomen“.

Provokation ist die typische Vorgehensweise des BSA. So schleudern sie in Hexenjagdmanier „Stasi“-Anschuldigungen gegen die Spartakist-Arbeiterpartei. Sie versuchen in grotesker Weise, unsere Partei in Verbindung zu bringen mit Leuten wie „die schizophrene Lafontaine-Attentäterin“, und behaupten gleichzeitig, sie sei voller „Polizeiagenten“ (*Neue Arbeiterpresse* Nr. 633, 23. November 1990). Jetzt ist der BSA von einer dreckigen Verleumdung getroffen worden, bei der die gleiche Sorte Schlamm benutzt wird, mit dem er regelmäßig nach anderen schmeißt.

Im Gegensatz zum Bund Sozialdemokratischer Arschkriecher besteht die SpAD darauf, daß Besetzungen durch Obdachlose gerechtfertigt sind, obwohl eine sozialistische Revolution nötig ist, um die zugespitzte Wohnungsnot zu beheben. Die SpAD ist stolz darauf, daß wir im Zuge unseres Klassenkampf-Wahlkampfes an Demonstrationen gegen die Räumung der besetzten Häuser teilnahmen und erklärten: „Momper/Pätzold: Bluthunde der Deutschen Bank! Stöpft den Polizeiterror durch Arbeitermobilisierung!“ ■

Bergarbeiterstreik...

Fortsetzung von Seite 10

auf höchstem Niveau und verlangt: Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter! Eingewanderte Arbeiter können eine Schlüsselrolle spielen beim Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus.

In der Türkei ist die Bundeswehr aktiv dabei, türkische Militäreinheiten auszubilden, die zur brutalen Unterdrückung der mehr als zehn Millionen Kurden in Ostanatolien eingesetzt werden. Zu diesen muß man die Zehntausenden von kurdischen Flüchtlingen rechnen, die 1988 von Saddam Hussein aus dem Irak vertrieben wurden und die auf der türkischen Seite der Grenze noch einen weiteren Winter in Zelten durchmachen. Türkische und kurdische Aktivisten, die in Deutschland für die Unterstützung des Streiks von Zonguldak sammeln, haben uns gesagt, daß die Bergleute auch die Forderung aufgestellt haben, daß die Kurden das Recht haben müssen, ihre eigene Sprache zu sprechen. Die kurdische Nation ist balkanisiert zwischen Syrien und dem Iran sowie der Türkei und dem Irak; der Kampf gegen die

ationale Unterdrückung der Kurden ist der Schlüssel für die Arbeitereinheit im Nahen Osten: Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Der Streik von Zonguldak und die steigende Flut des Klassenkampfes in der Türkei, die imperialistische Mobilisierung zum Krieg gegen den Irak und der dramatische Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion bieten eine große Gelegenheit, türkische und kurdische Linke und Arbeiter für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki zu gewinnen. Dringend notwendig ist eine internationalistische Arbeiterpartei, die alle Arten der Unterdrückung bekämpft, besonders die der Frauen und der kurdischen Nation, und die kompromißlos für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft. Für den Sieg der heldenhaften Bergleute von Zonguldak! Für die internationalistische Einheit der kurdischen und türkischen Arbeiter! Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!

Spendenkonto des Berliner Solidaritätskomitees:
Berliner Bank, Konto 3292550600, BLZ 100 200 00
(A. R. Özkan, Streik Zonguldak)
IG Bergbau und Energie, BfG Bochum, Konto
1191274000, BLZ 430 101 11 (Streik Zonguldak)



Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter! Ehrt Lenin, Luxemburg, Liebknecht!

„Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen – sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen!“, schrieb Liebknecht 1915. Am Vorabend eines imperialistischen Angriffs auf den Irak hat das Gedenken an unsere revolutionären Führer eine besonders dringende Bedeutung. Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft zusammen mit der Spartakusowska Grupa Polski in der revolutionären Tradition der 20er Jahre auf zur Kundgebung zu Ehren von Lenin, Luxemburg und Liebknecht.

„Alles lernen, nichts vergessen!“, schrieb Liebknecht. Es war der SPD-Bluthund Noske, der die Offiziere einsetzte, die die Führer des Spartakus-Aufstandes 1919 in ihrem Blut ertränkten. Die Sozialdemokratie war das Trojansche Pferd der Konterrevolution bei der antikommunistischen Hexenjagd und beim Anschluß an das Vierte Reich. Und beim Ausverkauf der DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz hat die PDS von Modrow und Gysi nach Kräften geholfen.

Lenin, Luxemburg und Liebknecht waren in erster Linie *proletarische Internationalisten!* Karl Liebknecht, der „Soldat der Revolution“, erklärte machtvoll der eigenen Bourgeoisie den Krieg. Rosa Luxemburg steht für die wahre Tradition der deutschen und polnischen Arbeiterklasse gegen Kautsky- und Bernsteinianertum. Als Frau, als Kommunistin und als Jüdin ist sie dreifach bei der Bourgeoisie verhaßt. W. I. Lenin gründete zusammen mit Trotzki die Kommunistische Internationale, deren Ziel die sozialistische Weltrevolution war, um mit imperialistischen Kriegen ein für alle Mal Schluß zu machen. Heute ist das Land der Oktoberrevolution selbst in Gefahr.

Wir benötigen dringend eine Weltpartei im Geiste von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Dieser Aufgabe haben wir Spartakisten uns verpflichtet. *Schließt Euch unserem Kampf zur Schmiedung einer leninistisch-trozkistischen Partei an! Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!*



Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden ...) nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.

– W. I. Lenin, 1921



Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.

– Rosa Luxemburg, 1918



Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Diesen Feind im eigenen Lande gilt es für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

– Karl Liebknecht, 1915

**Kranzniederlegung 9.00 Uhr – Kundgebung 10.00 Uhr
Sonntag, 13. Januar 1991, Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde**